

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 14. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 274 B

BERLIN • Dienstag, den 22. November 1932

1. JAHRGANG

Vernichtung der Arbeiterschaft.

Das Programm des neuen Kanzlers.

Die Beute der Kirche in Baden.

Zu den neuen Konkordaten.

Von Kurt Labischin.

Die Badische Regierung hat am 12. Oktober 1932 ein Konkordat mit der katholischen Kirche geschlossen. Am 14. November 1932 ist der Abschluß des Konkordats mit der evangelisch protestantischen Landeskirche erfolgt. (Unter einem Konkordat versteht man einen Vertrag zwischen Staat und Kirche.) Beide Konkordate bedürfen zu ihrer staatsrechtlichen Gültigkeit noch der Genehmigung durch den Badischen Landtag. Außerdem ist noch die Zustimmung der evangelischen Landessynode erforderlich, soweit es sich um den Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche handelt. Im Badischen Landtag ist eine Mehrheit für die Annahme beider Konkordate vorhanden, wenn die SPD sich der Stimme enthält, wie dies die Landtagsfraktion der SPD vor einigen Tagen beschlossen hat.

Den Badischen Konkordaten sind bekanntlich die Konkordate in Bayern und in Preußen vorangegangen. Nachdem es der katholischen und der evangelischen Kirche gelungen ist, in diesen drei Hauptländern ihre Stellung vertraglich zu sichern, werden jetzt wohl auch bald Konkordate mit den übrigen deutschen Ländern folgen. Vergleicht man die Konkordate, welche die katholische Kirche in Bayern, Preußen und Baden abgeschlossen hat, untereinander, so kann man feststellen, daß diese inhaltlich weitgehend übereinstimmen. Dasselbe gilt auch von den entsprechenden evangelischen Konkordaten.

Was zur Kritik der Konkordate in den früheren Fällen von freigeistiger Seite gesagt worden ist, trifft auch auf die vorliegenden Konkordate zu. Vor allem muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die von kirchlicher Seite betonte Notwendigkeit zum Abschluß von Konkordaten gar nicht besteht. Soweit in den Konkordaten Fragen behandelt werden, die das Verhältnis von Staat und Kirche betreffen, könnte ihre Regelung ebensogut im Wege der staatlichen Gesetzgebung erfolgen. Die katholische und die evangelische Kirche wollen aber diese Art der Regelung nicht, weil sie befürchten, daß die Gesetzgebung später einmal zu ihren Ungunsten geändert werden könnte.

Sie wollen vielmehr die für sie im Augenblick günstigen Machtverhältnisse ausnutzen, um den Staat durch vertragliche Bindungen für alle Zeiten festzulegen. Denn die Konkordate können als völkerrechtliche Verträge von Seiten des Staates nicht einseitig, d. h. ohne Zustimmung des Papstes bzw. der evangelischen Kirchenregierung aufgehoben oder abgeändert werden.

Der Abschluß der Konkordate mit dem Papst als Vertreter der katholischen Kirche ist um so auffälliger, als es sich hier um einen Vertrag mit einer außerdeutschen Macht über die Regelung innerdeutscher Verhältnisse handelt. Jede deutsche Regierung würde es als mit ihrer Souveränität unvereinbar erklären, etwa mit der französischen Regierung freiwillig einen Vertrag zu schließen, der sich auf die Regelung innerdeutscher Angelegenheiten bezieht. Die Tatsache, daß die beteiligten deutschen Regierungen dieses Bedenken nicht haben, wo der Papst als Vertragsgegner in Frage kommt, beweist, daß es sich bei den Konkordaten im Grunde genommen um einen Bündnisvertrag zwischen Staat und Kirche handelt.

Die katholische Kirche beruft sich zur Begründung der rechtlichen Notwendigkeit der Konkordate darauf, daß die früheren vertraglichen Abmachungen aus dem Jahre 1821 durch die Entwicklung überholt seien und den Bestimmungen der deutschen Reichs- und Landesverfassungen angepaßt werden müssen. Dies soll auch für den badischen Fall gelten, wie der Abgeordnete Dr. Föhr vom Zentrum in der „Germania“ ausgeführt hat. In Wirklichkeit besteht jedoch ein Vertrag zwischen der katholischen Kirche und der badischen Landesregierung aus dem Jahre 1821 nicht. Es liegt vielmehr nur eine päpstliche Bulle aus dem Jahre 1821 vor (Bulle nennt man ein vom Papst erlassenes Kirchengesetz). In dieser Bulle sind die Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Baden geregelt worden, ohne daß sie aber zum Gegenstand eines Staatsvertrages zwischen der Badischen Regierung einerseits und der katholischen Kirche andererseits gemacht worden sind.

Vertragliche Bindungen haben also bisher nicht bestanden. Sie werden vielmehr erst jetzt durch das Konkordat geschaffen.

Die Verfechter der Konkordate pflegen sich darauf zu berufen, daß es wünschenswert sei, über die Kirche eine gewisse Staatsaufsicht auszuüben. Gegen diesen Gesichtspunkt ist gewiß

Die Todesgefahr für die Arbeiterbewegung.



Partei des Reichstages ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. — Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Reichspräsidenten heute nachmittag schriftlich zu übermitteln.

Nach diesen Mitteilungen braucht sich Hitler also, um Reichskanzler zu werden, nur noch um eine Mehrheit im Reichstag zu bemühen. Er wird sich jetzt wohl der Hilfe des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Christlich-Sozialen versichern, wobei er bis auf zwei Stimmen an die Mehrheit herankäme. Wir halten es für ausgeschlossen, daß Hugenberg und Dingeldey einen Fraktionszwang einführen zum Sturz einer Regierung Hitler, — wenn sie nicht sogar für ihn stimmen werden.

Daß Hitler Kanzler wird, ist also parlamentarisch unvermeidlich.

Selbstverständlich ist das Zentrum längst nicht mit allem einverstanden, was Hitler beabsichtigt. Es ist sogar sicher, daß es versuchen wird, die nationalsozialistische Bewegung durch die Beteiligung an der Regierung zu korrumpieren, zu diskreditieren und zu dezimieren. So nützlich eine solche Wirkung in bezug auf die Nazis auch sein könnte, und so erprobt das Zentrum auch in dieser Tätigkeit bereits ist, wie es bei der Koalitionspolitik mit der SPD bewiesen hat — so sehr besteht hier die Gefahr, daß die Aktion des Zentrums mißlingt; denn oft im Leben, und vor allem im politischen, ist bei Aktionen etwas anderes herausgekommen als der Veranstalter geplant hatte. Und wenn man bedenkt, in welcher krisenhaften und aufgeregten Situation die Nazis legal an die Macht kommen, und wenn man bedenkt, daß diese rücksichtslosen und skrupellosen Burschen andere Kerle sind als die entgegenkommenden und diktaturscheuen Sozialdemokraten, so ist

der Ausgang dieses Experiments mindestens völlig dunkel.

Wir neigen mehr zu der Annahme, daß Deutschland dicht vor einem ungeheuren Durcheinander steht oder aber vor einer so völligen Vernichtung alles politischen und freiheitlichen Lebens, daß der Balkan dagegen eine Zufluchtsstätte der Freiheit ist.

Herr Hitler hat neben den konfusen Programmpunkten wirtschaftlicher Art die „Vernichtung des Kommunismus“ auf seine Fahne geschrieben, wobei man bedenken muß, daß

nichts einzuwenden. Es ist aber kein Grund einzusehen, weshalb man zur Ausübung der Staatsaufsicht besondere Staatsverträge braucht. Abgesehen davon ist die in den Konkordaten getroffene Regelung der Staatsaufsicht vollständig unzureichend. Dies gilt auch von den Badischen Konkordaten. In dem Badischen Konkordat mit der katholischen Kirche ist bestimmt, daß die Wahl des Erzbischofs durch das erweiterte Domkapitel erfolgt. Nach der Wahl fragt der Papst beim Badischen Staatsministerium an, ob Bedenken allgemein-politischer, nicht aber parteipolitischer Art bestehen. Werden solche geäußert, so wird der Versuch gemacht, eine Einigung zu erzielen. Gelingt die Einigung nicht, so ist der Papst in der Ernennung des Gewählten frei. Eine ähnliche Bestimmung ist in dem Badischen Konkordat mit der evangelischen Kirche hinsichtlich der Bestellung des Kirchenpräsidenten enthalten. Ein Ablehnungsrecht des Staates, wie es in den deutschen Ländern bis zum

„Kommunismus“ bei ihm nahezu alles ist, was nicht nationalsozialistisch ist. Daß dieser Programmpunkt nicht durch Verhandlungen und Freundlichkeit erreicht werden kann, ist in Deutschland selbstverständlich. Hitler zum Reichskanzler machen, heißt also mindestens — und bei der unbeherrschten Natur dieses Mannes besonders stark — mit der Provokation eines Bürgerkrieges spielen.

Daß selbst Hindenburg die Einsetzung eines solchen Kanzlers nicht für ganz unbedenklich hält, geht erstens daraus hervor, daß er ihn am 13. August überhaupt fortschickte, zweitens daraus, daß er ihn jetzt erst dann einsetzen will, wenn er sicher ist, daß

die Mehrheit des Reichstages dafür die Verantwortung mit übernimmt.

Uns scheint hierin nicht so sehr eine Abkehr Hindenburgs von seinen Plänen einer „autoritären“ Regierung zu liegen (diesen Gedanken hält er sicher nach wie vor für richtig), als vielmehr die

Respektierung eines realen Machtverhältnisses: er und vor allem seine machtpolitisch interessierten Ratgeber haben offenbar den Eindruck gewonnen, daß für eine Behandlung des deutschen Volkes, und vor allem der deutschen Arbeiterschaft, nach dem Rezept etwa der „Deutschen Zeitung“ oder der „Berliner Börsen-Zeitung“ der Zeitpunkt verfrüht ist.

Die Arbeiterschaft muß hieraus rechtzeitig die Konsequenzen ziehen

und in ihrem Kampf gegen den Faschismus und seine Nebenerscheinungen, zum Teil auch Grundlagen, wie: Lohnabbau, Raub der politischen Rechte, Klassenjustiz u. s. w. ungleich viel schärfer vorgehen als bisher. Wir haben gerade in unserer Sonntagsnummer gezeigt, daß gegen den Schützer des Faschismus, Hindenburg — der jetzt, gleichsam, um unsere Auffassung zu bestätigen, Hitler zum Kanzler macht — ein Frontalangriff der Arbeiterschaft gerichtet werden sollte. Daß mit einer politischen Beseitigung Hindenburgs auch Hitler und sein ganzer Spuk beseitigt wären, versteht sich.

Die Vernichtung des Kommunismus, deutlicher: der Arbeiterbewegung, ist also bisher zum größten Leidwesen aller Reaktionäre noch nicht weit genug vorgeschritten. Die SA erhält im Zusammenhang mit den staatlichen Funktionen ihrer Kollegen also unter Umständen neue Tätigkeit. Wie so etwas organisiert wird, kann man von den Augenzeugen des italienischen Faschismus erfahren.

Der Fall Matteotti ist Beispiel geworden.

Sollen wir hier erneut begründen, daß gegen diese Gefahr nur die Einheitsfront der Arbeiterschaft helfen kann? Uns erscheint dies nur abschwächend. Es erscheint uns auch ablenkend und kostbare Zeit raubend, jetzt etwa den Sozialdemokraten ihre törichte Wahlparole lang und breit vorzuhalten: Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler! Die Einheitsfront der Arbeiterschaft ist durch viele Fehler immer wieder hinausgeschoben worden; wir wollen heute diese Fehler nicht diskutieren, sondern erledigen, und fragen deshalb nur:

Wann organisieren wir die Einheitsfront?

Jahre 1918 im allgemeinen bestanden hat, gibt es heute demnach nicht mehr.

Von entscheidender Bedeutung sind die in den Konkordaten getroffenen finanziellen Vereinbarungen. Föhr weist in dem erwähnten Aufsatz darauf hin, daß hinsichtlich der Leistungen des Staates an die Kirche keinerlei Veränderungen eintreten. Das mag zutreffen. Er verschweigt dabei nur, daß die finanziellen Ansprüche der katholischen und der evangelischen Kirche künftig vertraglich gesichert sind.

Bisher konnten die finanziellen Leistungen im Wege der Gesetzgebung, vor allem bei Aufstellung des Etats, von Staatswegen einseitig festgesetzt werden; dies ist nach den Konkordaten nicht mehr möglich.

Der Staat muß die vertraglich vorgesehene Leistungen ohne Rücksicht auf seine Finanzlage erfüllen.

Nach dem Badischen Konkordat erhält die katholische Kirche 856 000 Mark jährlich.

Dazu kommen noch die Zuschüsse für die Besoldung der Pfarrer, die weiterhin durch Gesetz jeweils für die Dauer von 4 Jahren beschlossen werden sollen. Außerdem ist in dem Konkordat eine Klausel enthalten, die sich schon in den früheren Konkordaten befindet, nämlich die, daß der bestehende Anspruch auf Realodotation unberührt bleibt, desgleichen die Rechtslage für den Fall einer Ablösung der Staatsleistungen gemäß Art. 138 der Reichsverfassung.

Mit der Realodotation hat es folgende Bewandnis: Im Anfang des 19. Jahrhunderts wurden bekanntlich die kirchlichen Güter zu einem großen Teil säkularisiert, d. h. in Staatsbesitz übergeführt. Seit dieser Zeit erhebt die katholische Kirche den Anspruch auf Rückgewähr der ihr damals entzogenen Grundstücke. Dieser Anspruch ist von den deutschen Ländern niemals anerkannt worden. Die katholische Kirche hat vielmehr seit über einem Jahrhundert immer nur Geldzuwendungen erhalten, um ihr die Aufrechterhaltung ihrer Organisation zu ermöglichen. Jetzt wird dieser immer bestrittene Anspruch auf Realodotation in den Konkordaten anerkannt. Dieses Anerkenntnis ist zwar im Augenblick nicht von praktischer Bedeutung. Die Frage wird aber bedeutsam werden, wenn es einmal zur Ablösung der Staatsleistungen kommen sollte, wie dies in Artikel 138 der Reichsverfassung vorgesehen ist. Bei diesen Verhandlungen wird die katholische Kirche den Anspruch auf Gewähr von Grundbesitz sicher zu ihren Gunsten in die Waagschale werfen.

Die Staatsleistungen für den evangelischen Oberkirchenrat und die Zuschüsse für die kirchlichen Bedürfnisse werden durch das Badische Konkordat auf jährlich 240 000 Mark festgesetzt.

Das Badische Konkordat mit der katholischen Kirche enthält noch eingehende Bestimmungen über die Ausbildung der katholischen Geistlichen. Von Wichtigkeit ist dabei vor allem die Vereinbarung, daß die theologische Fakultät an der Universität in Freiburg bestehen bleiben muß. Bedenklich ist auch die Bestimmung, daß vor Berufung eines Dozenten an der theologischen Fakultät der Erzbischof gehört werden muß, ob gegen die Lehre, den Lebenswandel oder die Lehrbefähigung des vorgeschlagenen Einwendungen erhoben werden. Im Falle einer Beanstandung darf die Berufung des Dozenten nicht erfolgen. Erfolgt die Beanstandung hinsichtlich eines bereits angestellten Lehrers der katholischen theologischen Fakultät, so ist im Einvernehmen mit dem Erzbischof für einen den Lehrbedürfnissen entsprechenden Ersatz Sorge zu tragen. Gegen diese Regelung muß im Interesse der Lehrenfreiheit Einspruch erhoben werden. Denn die Bestimmung ist geeignet, alle freiheitlichen Regungen an der theologischen Fakultät zu unterbinden. Der katholischen Kirche wird im Konkordat ferner zugesichert, daß an der Universität Freiburg je eine Professur für Philosophie und Geschichte besteht, die mit je einer Persönlichkeit besetzt werden muß, welche für die einwandfreie Ausbildung der Studenten der Theologie geeignet ist. Es bedarf keiner weiteren Ausführung,

welche Gefahr diese dogmatische Festlegung für die Freiheit der Wissenschaft bedeutet.

In dem katholischen Konkordat findet sich noch die Bestimmung, daß

Orden und religiöse Vereinigungen gegründet werden dürfen.

Diesen Vereinigungen werden ebenso wie der katholischen Kirche selber ihre Vermögensrechte gewährleistet. Der katholischen Kirche hat in diesem Punkte offenbar der Schutz durch die Reichs- und badische Landesverfassung nicht genügt. Sie hat vielmehr noch auf eine vertragliche Sicherung Wert gelegt. Diese Sicherung besteht darin, daß der Badische Staat für alle Zeiten auf irgend eine gegen die Kirche gerichtete Kulturkampfmaßnahme verzichtet.

Bemerkenswert ist schließlich, daß

das Badische Konkordat sowohl mit der katholischen als auch mit der evangelischen Kirche Bestimmungen über den Religionsunterricht enthält. Derartige Bestimmungen sind in den Preussischen Konkordaten nicht enthalten.

Das preußische Zentrum ist damals dem Wunsch der Sozialdemokratie in Preußen nachgegeben, die darauf Wert gelegt hat, daß durch die Konkordate dem kommenden Reichsschulgesetz nicht vorgegriffen werden sollte. In Bayern und in Baden hat die Kirche eine Aufnahme der von ihr gewünschten Bestimmungen in die Verträge durchgesetzt. In Baden wird der katholischen und der evangelischen Kirche zugesichert, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach an den badischen Schulen bleibt und daß die bezüglich des Religionsunterrichts an den badischen Schulen der Kirche eingeräumten Aufsichtsrechte, die Führer in seinem Aufsatz als befriedigend bezeichnet, bestehen bleiben.

Zusammenfassend läßt sich von den Badischen Konkordaten ebenso wie von ihren Vorgängern, sagen, daß sie für die katholische und für die evangelische Kirche einen Erfolg bedeuten.

Die Konkordate gewährleisten der Kirche ihren organisatorischen Bestand. Sie geben der Kirche in finanzieller Hinsicht nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft eine vertragliche Sicherung. Und schließlich erhält die Kirche die Zusicherung, daß der Staat mit der Kirche in Frieden leben, d. h., sich nie wieder auf einen Kulturkampf mit ihr einlassen wird.

Der Völkerbundskommissar über Danzig.

Unparteilich und sachlich.

Am Sonntag abend übergab der Danziger Völkerbundskommissar Rosting der Öffentlichkeit seine Entscheidung zu den Zollstreitigkeiten zwischen Danzig und Polen. Es handelt sich um die Frage, ob Danzig das Recht hat, für den Bedarf seiner eigenen Wirtschaft und Industrie aus Deutschland gewisse Waren einzuführen, für die die deutsch-polnische Grenze gesperrt ist, und ob diese Waren nach einem Veredelungs- und Verarbeitungsprozeß von Danzig nach Polen ausgeführt werden dürfen.

Rostings Entscheidung in ihren wesentlichen Punkten: Danzig hat nach wie vor das Recht zum Bezug der Waren nicht gewährten Sonderkontingente aus Deutschland, solange nicht eine andere Bedarfsdeckung möglich und garantiert ist.

Polen hat das Recht, an der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Festsetzung dieser Kontingente mitzuwirken. Einigen sich beide Parteien innerhalb eines Monats nicht, so soll ein Ausschuss von Polen und Danzigern unter Vorsitz eines vom Völkerbundskommissar bestellten Sachverständigen entscheiden.

Danzig hat das Recht, die aus Deutschland eingeführten Kontingentswaren nach einer Bearbeitung oder Veredelung ungehindert in Polen abzusetzen, allerdings nur dann, wenn die Ware durch die Bearbeitung eine genügende Wertsteigerung erfahren hat.

Da die Frage der Zollabfertigung zur Zuständigkeit der polnischen Regierung gehört, behält Polen das Recht, die Danziger Zollinstanzen zu kontrollieren. Die polnischen Inspektoren sollen den Dienstbetrieb nicht merklich aufhalten.

Die Danziger Zollverwaltung ist verpflichtet, Mitteilungen der polnischen Inspektoren in polnischer Sprache entgegenzunehmen. Die polnischen Inspektoren sollen dabei im Auge behalten, daß sie vor allem eine leichte und reibungslose Erledigung des Dienstes ermöglichen sollen.

Die Entscheidung trägt den ersten Ansprüchen beider Seiten Rechnung: dem Anspruch Danzigs, die früheren Handelsbeziehungen weiter pflegen zu dürfen, und dem Anspruch Polens, daß diese Rechte Danzigs nicht zu einer Umgehung der deutsch-polnischen Zollvorschriften ausgenutzt werden. Und Rostings Entscheidung schiebt zugleich den von beiden Seiten geübten Schikanen und Umgehungsmanövern einen Riegel vor. Ob diese Entscheidung zu einer Entspannung der Danzig-polnischen Gegensätze führt, wird davon abhängen, ob der Völkerbund bereit und in der Lage ist, sich mit Nachdruck hinter Rosting zu stellen. Rostings Entscheidung wird in der bevorstehenden Sitzung des Völkerbunds zur Debatte stehen.

Eine rechtliche Lösung der Streitfragen wird außerordentlich erschwert durch die Art, wie die Entscheidung Rostings in der deutschen Rechtsprelle gemeldet wird. Ueberschrift: „Wichtige Punkte zu Gunsten Danzigs entschieden“; in der Darstellung stehen die Zugeständnisse an Danzig dick im Vordergrund, die polnischen Rechte treten zurück, und

so wird gerade das sabotiert, was diesen Schiedsspruch geeignet macht, zu einer Entspannung der Feindseligkeiten beizutragen: Die sachliche Abwägung der Interessen.

Vor neuen Unterhaltungen in Genf.

Der geschäftsführende deutsche Außenminister, Herr von Neurath, hat sich zu der bevorstehenden Tagung des Völkerbunds nach Genf begeben. Damit ergibt sich von neuem die Gelegenheit zu direkten Verhandlungen über die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz. Der amerikanische Botschafter Sackett aus Berlin hat am Sonntag nachmittag die Fühlung mit Neurath aufgenommen. Auch auf englischer Seite ist das Interesse an wirklichen diplomatischen Verhandlungen in dieser Frage gerade jetzt, nach der Rede Simons, dringender. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat seine Arbeit bis Mitte der kommenden Woche eingestellt. Man hofft also offenbar, bald mit Deutschland voranzukommen.

Frankreich gegen die englischen Vorschläge.

Das von der französischen Regierung beeinflusste „Journal des Nations“ schreibt, England habe sich in der Abrüstungsfrage auf den deutschen Standpunkt gestellt, der die Gleichberechtigung unabhängig von der Sicherung des Friedens durchgeführt wissen will. Die deutsche Regierung habe erklärt, daß sie nur auf Grund einer allgemeinen Erklärung der Großmächte oder der Abrüstungskonferenz, in der die Gleichberechtigung anerkannt wird, zurückkehren würde und England habe diesen Standpunkt gebilligt.

Anschlag auf Herriot.

Deutsche Nazis beteiligt?

Auf einen Zug, mit dem der französische Ministerpräsident in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag nach Nantes fuhr, um dort der 400-Jahr-Feier des Anschlusses der Bretagne an Frankreich beizuwohnen, wurde am Sonntag morgen ein Dynamitanschlag gemacht. Die Täter hatten 50 km vor Nantes eine starke Dynamitpatrone unter die Sohlen geleitet. Auf einem bisher unbekanntem Grund explodierte die Bombe schon eine Stunde vor Eintreffen des Zuges, doch eine Katastrophe vermieden wurde.

Die Täter sind bisher nicht gefaßt worden. Herriot selber äußerte Pressevertretern gegenüber den Verdacht, daß bei diesem Attentat, ebenso wie bei dem Bombenanschlag auf das Verbrüderungsdenkmal in Rennes, der im September von bretonischen Autonomisten ausgeführt worden ist, deutsche Kreise und insbesondere nationalsozialistische Elemente ihre Hände im Spiel hätten. Herriot deutete an, daß er dabei an den Pariser Berichterstatter des „Völkischen Beobachter“, Körber, dachte, der vor einigen Tagen aus Frankreich ausgewiesen worden ist. Nach Aussage der Attentäter von Rennes habe Körber — was man ihm allerdings nicht habe nachweisen können — Geld für deren autonomistische Bestrebungen in der Bretagne gegeben. Körber hat diese Verdächtigung des französischen Ministerpräsidenten zurückgewiesen mit der Erklärung, jene Angeklagten hätten unter Eid ausgesagt, daß sie niemals bei dem einzigen Besuch, den sie Körber gemacht hätten, um Geld gebeten oder von Körber etwas erhalten hätten. Körber erklärte, er habe die beiden damals nur aus Höflichkeit angehört, ohne sich irgend wie auf sie einzulassen.

Frankreich und Italien.

Der Präsident des auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer, Béranger, hat einen Aufenthalt in Rom dazu benutzt, mit führenden italienischen Politikern, vor allem mit Mussolini, Fühlung zu nehmen und die französisch-italienischen Streitfragen zu besprechen. Französischen Pressevertretern gegenüber erklärte er, eine Besserung der französisch-italienischen Beziehungen sei unbedingt erforderlich und auch möglich. Es handle sich in erster Linie um eine Verständigung über den italienischen Vorwurf, daß Frankreich die italienischen Forderungen beim Waffenstillstand unbeachtet gelassen habe, außerdem um eine Beseitigung der Rhein-, Donau- und Mittelmeerfrage.

Der französische Kriegsminister Paul-Boncour erklärte einem Pressevertreter gegenüber, seine ganzen Bemühungen seien im Augenblick darauf gerichtet, die Verteidigungsgestärke des französischen Heeres sehr viel mächtiger zu gestalten, als dies bisher der Fall sei. Nur dann könne er eine wirklich sichere Verteidigung der französischen Grenzen garantieren.

Der Balkan zu Gömbös' Politik.

In Jugoslawien herrscht eine ziemlich große Beunruhigung über die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös nach Rom und die angekündigten Reisen nach Wien und Berlin. Es wird befürchtet, daß Ungarn unabhängig von den übrigen Balkanländern Handelsbeziehungen mit anderen Ländern anknüpfen und dadurch Jugoslawien und anderen Ländern den letzten Rest ihres Handels fortnehmen. Besonders von Deutschland wird behauptet, daß dieses Ungarn Vorschläge gemacht habe, die eine günstige Grundlage für eine Vergrößerung der gegenseitigen Handelsbeziehungen böten. Auch in Rumänien wird darauf gedrängt, daß Ungarn daran gehindert werden soll, selbständig neue Verabredungen einzugehen.

Japans Denkschrift gegen den Lytton-Bericht.

In der amtlichen Stellungnahme der japanischen Regierung zum Lytton-Bericht werden fast sämtliche Feststellungen und Vorschläge des Lytton-Ausschusses abgelehnt; er habe überhaupt nicht das Recht gehabt, Vorschläge zu machen statt bloßer „Empfehlungen“. Grundsätzlich wird erklärt:

1. eine Kontrolle der Mandschurei durch andere Mächte könne nicht angenommen werden. 2. Der Ausschuss gehe von der falschen Voraussetzung aus, daß beide in Konflikt stehenden Staaten über eine starke Zentralregierung verfügten. 3. Die Entmilitarisierung der Mandschurei und die Schaffung einer internationalen Gendarmerie seien zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht hinreichend.

Japan hofft wohl, in anderen Teilen Chinas ähnlich hausen zu können wie in der Mandschurei: Die Wiederherstellung des Friedens und die Schaffung einer gesunden Verwaltung in der Mandschurei würden für China ein gutes Beispiel bedeuten.

Im Gegensatz zum Lytton-Bericht und anderen Quellen behauptet die japanische Regierung, die Mandschurei sei schon seit einem Jahrhundert wirtschaftlich und verwaltungstechnisch völlig von China getrennt. Die weitgehenden und lebenswichtigen Interessen Japans in der Mandschurei berechtigten die japanische Regierung, Maßnahmen des Selbstschutzes zu ergreifen.

Nicht Japan, sondern China habe die Politik des Angriffes eingeleitet.

Allerdings wird zugegeben, daß die japanische Armee seit dem 18. September 1931 auf Grund eines wohl vorbereiteten Planes gearbeitet habe. Das widerspreche jedoch nicht dem Kellogg-Pakt, nach dem jeder das Recht habe, über die Rechtmäßigkeit militärischer Verteidigungsmaßnahmen selber zu entscheiden. (Im Artikel 2 des Kellogg-Paktes heißt es: „... vereinbaren, daß die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten oder Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.“)

Die japanische Regierung könne nicht dulden, daß die Frage der Rechtmäßigkeit ihres Handelns zur Erörterung gestellt werde.

Die japanische Regierung sei überzeugt davon, daß ihr Vorgehen den Wünschen der mandchurischen Bevölkerung entspreche.

Auf den Inhalt dieses niederlichen Dokuments einzugehen, ist überflüssig. Es bedeutet: Nur unsere Interessen verdienen wahrgenommen zu werden, und kein Mensch hat sich darum zu kümmern, ob das, was wir tun, rechtmäßig ist.

Die chinesische Regierung protestiert.

Der chinesische Delegierte beim Völkerbund, Dr. Yen, erklärte als Antwort auf die japanische Note, daß China bisher gezwungen gewesen sei, sich ohne jede Hilfe dem ausländischen Eindringling zu widersetzen und daß es fest entschlossen sei, den Widerstand nicht aufzugeben.

„Große Erfolge“ der japanischen Offensive.

Der japanische Kriegsminister Araki hat der Presse erklärt, daß Japan mit seiner Offensive in der Mandschurei „große Erfolge“ gehabt habe. Mehrere Regimenter und Divisionen der Aufständischen seien zerstört. Die japanische Armee werde einen gründlichen Säuberungsfeldzug zur Sicherung des Verkehrs der chinesischen Ostbahn vornehmen.

In der Nähe von Kirin finden heftige Kämpfe statt. Eine Bahnstation ist in Brand gesteckt worden. Die Japaner haben die Aufständischen unter Einsatz von Panzerwagen geschlagen. Die Japaner geben die Verluste auf chinesischer Seite mit 237 an.

Flucht aus der Mandschurei.

Nach Meldungen aus Mukden haben seit einiger Zeit große Auswanderungen der chinesischen Bevölkerung aus der Mandschurei eingesetzt. In der vergangenen Woche sollen durchschnittlich 1500 Chinesen pro Tag nach China gezogen sein.

Marschall Tschiang Kai Schek erklärte der Presse, daß die Unterredung mit Marschall Tschang Shue Liang zu einer vollkommenen Klärung der politischen Lage in Nordchina geführt habe. Marschall Tschang Shue Liang habe mitgeteilt, daß seine Truppen auch weiterhin die Provinz Jehol gegen Japan verteidigen würden.

Besuch im Arbeitslager.

R. H. Die Berliner Vorortbahn führt uns an vielen Laubgärten und an Fabrikanlagen vorbei, doch nur selten raucht ein Schornstein. Der Zug hält in dem freundlichen Vorort. Wir gehen durch eine moderne Wohnsiedlung und kommen an ehemaliges Fabrikgelände. „Durch das große Tor müssen Sie durch, dann stehen Sie direkt vor den Arbeitslagern“, wurde uns gesagt. Da ist das Tor. Das erste, was uns vor dem schmucklosen Fabrikgebäude auffällt, ist ein Flaggenmast mit der ehemaligen Marine-Kriegsflagge. Also das Arbeitslager des „Stahlhelms“! Wir gehen weiter und kommen an eine Feldbahn, junge „Stahlhelmer“ mit feldgrauen Mützen und in feldgrauen Arbeitsanzügen fahren in Kippwagen Sand. Hinter den Bäumen, gleich in der Nähe, schimmert eine schwarz-rot-goldene Fahne hervor. Das Lager des „Sozialen Dienstes“, der Arbeitsdienst-Organisation der Freien Gewerkschaften. Und nun werden wir bereitwilligst herumgeführt und erhalten auf alle unsere Fragen Auskunft.

Drei Organisationen sind hier in den Räumen einer ehemaligen Pulverfabrik untergebracht, der „Stahlhelm“ mit etwa 75 Mann, der „Soziale Dienst“ mit rund 80 Mann und eine kleinere Gruppe einer katholischen Organisation.

Die Wohnung und Verwaltung der Gruppen ist getrennt, die Arbeit gemeinsam, wenn auch die Gruppen hierbei möglichst unter sich gehalten werden. Die Küche wird ebenfalls gemeinsam geführt. Für jeden der Teilnehmer werden vom Staat pro Tag zwei Mark zugeschossen, dreißig Pfennige beträgt die tägliche Entlohnung, von der Restsumme müssen alle Unkosten für Wohnung, Kleidung (jeder Teilnehmer bekommt Arbeitsanzug und Schuhe gestellt) und Nahrung bestritten werden, nur die Arbeitswerkzeuge werden extra gestellt. Die Arbeit besteht darin, daß die Sandwolle eines ehemaligen Versuchs-Schieß- und Sprengplatzes abgetragen und zur Aufschüttung einiger früherer Klärteiche verwendet werden. Die Wohnbaracken sind Gebäude der Pulverfabrik, die seit Ende des Krieges leer standen und daher erst gründlich hergerichtet werden mußten, ehe sie auch nur einigermaßen wohnlich wurden. Heute noch liegt manches im Argen; an verschiedenen Stellen wird noch gebaut, man sieht jedoch schon die bedeutenden Fortschritte. Ein Teil des Geländes ist als Naturschutzgebiet erklärt und soll nicht betreten werden. Dort sind die alten Pulvermühlen, in deren Ritzen noch das Pulver sitzt, sodaß auch aus diesem Grunde ein Betreten nicht gerade ratsam ist. Träger des Dienstes ist eine Industrie-AG, die das Gelände seit Auflösung des Kriegsunternehmens verwaltet. Auf dem von den Arbeitsdienstwilligen planierten Gebiete sollen später Volksparks oder Siedlungen entstehen, doch ist der Zweck ihrer Arbeit auch den Leitern der Lager anscheinend nicht ganz durchsichtig. Die Aufsicht über die Lager hat das Arbeitsamt der nahen Provinzstadt. Die Lagerverwalter haben ziemlich freie Hand und können im Rahmen der allgemeinen Vorschriften, der Arbeit und der beschränkten Geldmittel ziemlich frei schalten und walten.

Die Unterschiede zwischen „Sozialem Dienst“ und „Stahlhelm“ fallen gleich in die Augen.

Beim „Stahlhelm“ hat ein früherer Hauptmann die Leitung, dem ein „Jungstahlhelmer“ als „Adjutant“ beigegeben ist, während bei den Freigewerkschaftern ein junger Kollege leitet, der seine Sache ausgezeichnet zu verstehen scheint. Die Teilnehmer beim „Sozialen Dienst“ sind ihrer Klassenlage nach vorwiegend Proletarier, zum großen Teil gelernte Arbeiter, die „Stahlhelmer“ mehr arbeitslose Angestellte und Angehörige des proletarisierten Mittelstandes, der sich seiner Lage noch nicht recht bewußt geworden ist, noch Hoffnung auf eine Besserung innerhalb des kapitalistischen Systems notfalls im Rahmen einer faschistischen Zwischenlösung setzt. So kommt es wiederholt vor, daß die Freigewerkschafter den „Stahlhelmer“ Facharbeiter stellen, weil diese in ihren eigenen Reihen keine geeigneten haben. Die Arbeitsdienstwilligen machen alles möglichst selber, eventuell nach kurzer Anlernung, so wird die Lokomotive der Feldbahn von Arbeitswilligen geführt und sogar die Vermessungsarbeiten machen sie selber. Die technische Leitung der Arbeiten untersteht einer besonderen Bauleitung, deren Mitglieder voll bezahlt werden. Das Tempo bei der Arbeit ist nicht übermäßig, bei dieser Bezahlung wird wohl auch kein größerer Nutzeffekt zu erzielen sein. Unter den Freigewerkschaftern ist mehr fließende Bewegung, während beim „Stahlhelm“

alles ziemlich militärisch im „Ruck-Zuck“ verläuft, was auf Menschen, die den preußischen Vorkriegsdrill nicht mehr so genau kennen, einigermaßen erheitend und überlebt wirkt. Beim Betreten der Räume des „Stahlhelms“ mit dem Hauptmann ruft der Stubenälteste „Achtung!“, alles springt auf und steht stramm! Selbstverständlich braucht deshalb die Disziplin bei den nicht militärisch Organisierten keineswegs schlechter zu sein, im Gegenteil, sie ist selbstverständlicher, weil auf gegenseitigem Einvernehmen beruhend. Auch die Mitglieder des „Sozialen Dienstes“ tragen rotbraune uniformähnliche Arbeitskleider und Mützen, das bringt der gemeinsame Einkauf und die Normierung mit sich, trotzdem wirkt es hier viel unauffälliger und nicht militärisch. Auch die militärische Form beim „Stahlhelm“ ist nicht mit der ordentlicher Soldaten zu vergleichen, man merkt doch die Wirkung der noch bestehenden relativen Freiwilligkeit; es ist ähnlich wie bei den sogenannten Jugendwehren während des Krieges. Das Wort militärisch scheint übrigens — wie aus Gesprächen zu entnehmen war — ziemlich verpönt zu sein.

dafür sagt man beschönigend und verschämt „soldatisch“, statt Nationalismus „Vaterlandsliebe“. Diese feinen Unterscheidungen und ihre Hintergründe sind ja nicht unbekannt.

Die Tageseinteilung geht aus folgendem Tagesplan für einen Montag hervor (die übrigen Wochentage sind mehr oder weniger ähnlich eingeteilt; einigemale sind gemeinsame

Vorträge für „Stahlhelmer“ und die Teilnehmer vom „Sozialen Dienst“, am Sonntag ist freiwilliger „Kirchgang“ und — Gasschutzübung angesetzt! Allerdings veranstalteten die Freigewerkschafter auch eine Revolutionsfeier): Tageseinteilung für Montag: 6 Uhr Wecken, 6.30 Flaggen setzen (die sogenannte „Romantik des Lagerlebens“, wozu auch die nächtliche Wache vor dem Lager gehört), Ausgleichsgymnastik, 7—7.45 Bettenmachen und Frühstück, 7.45 Appell, 8.00 „Dienstantritt“, 10 Uhr zweites Frühstück, 10.30 Dienstantritt, 14.30 Mittagessen, 15.15—16.15 Geländespiele („Wehrsport“ bei den Freigewerkschaftern ausgeschlossen), 16.15—18.30 eigene Beschäftigung, 19.00—20.30 Vortrag eines Arztes über Geschlechtskrankheiten (an anderen Abenden Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, staatsbürgerlicher Unterricht u. s. w.), 22.00 Uhr Bettruhe. Das Essen soll ausreichend, wenn auch einfach sein. Als ich mir den Speisezettel der Woche abschrieb, meinte einer der Arbeitsdienstwilligen etwas ironisch, der Speisezettel stimme nicht, denn was daran am meisten eingehalten werde, sei das „Änderungen vorbehalten“, die Hauptsache sei aber schließlich, daß man immer zu essen habe. Der äußere Stil der besuchten Lager ist etwa der eines Streckenarbeiterlagers oder einer Jugendherberge mittlerer Güte.

Im Ganzen machten die Lager keinen ungünstigen Eindruck, zweifellos läßt sich aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst unter geeigneter pädagogischer Leitung allerlei machen; nie vergessen darf man jedoch bei der ganzen Frage, unter der Herrschaft welcher Klasse die Einrichtung erfolgt, diese wird letzten Endes ausschlaggebend sein, ob aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst ein „Weg in die militärisch-imperialistische Reaktion“ oder ein wirklicher „Weg ins Leben“ wird!

Versammlungsverbot.

Die aus Anlaß der Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände für Montag, den 21. November, 20 Uhr, im Sportpalast vorgesehene Protestkundgebung gegen den Beschluß des Hauptausschusses des Preußischen Landtages auf Verbot des Deutschen Freidenker-Verbandes kann infolge der Verlängerung des Verbotes für politische Versammlungen nicht stattfinden!

Vielleicht aber entschließt sich der Deutsche Freidenker-Verband, in kürzester Frist wenigstens eine Mitglieder-Versammlung allergrößten Stils einzuberufen, die den Protest gegen das geplante Verbot machtvoll zum Ausdruck bringt.

Wenn das Freidenkern passiert wäre . . . !

In Warschau stürzte am Sonntag morgen, als die Kirchgänger gerade zum Gottesdienst kamen, ein Teil des aus Steinplatten bestehenden Fußbodens einer Kirche ein. Unter den Anwesenden entwickelte sich eine starke Panik, alles stürzte auf die Eingänge zu. Insgesamt wurden 18 Personen verletzt.

„Das Wirtschaftschaos der Gegenwart.“

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ teilt mit, daß der am 23. November im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestr. 15, abends 8.30 Uhr, stattfindende Vortragsabend: „Das Wirtschaftschaos der Gegenwart“, im Hinblick auf die Verordnung über den Burgfrieden nur als nichtöffentliche Veranstaltung stattfinden wird.

Was kostet ein Raubüberfall auf eine Bank? Wegen eines Ueberfalls auf eine Bankfiliale in Altona-Ottensen am 1. April, bei dem 8000 Mark den mit Revolvern bedrohten Bankangestellten abgepreßt wurden, hat das Altonaer Sondergericht vier Angeklagte zu insgesamt 20½ Jahren Zuchthaus verurteilt (Höchststrafe 7 Jahre).

Seekatastrophen.

Der japanische Fischdampfer „Aiseku Maru“ ist in einem Sturm untergegangen. Von der 50 Mann starken Besatzung wurde nur ein einziger Matrose gerettet, der nach dreitägiger Schreckensfahrt in einem Rettungsboot gerettet wurde. Er war nahe daran, wahnsinnig zu werden.

Ein russischer Eisbrecher, der auf die Suche nach einem Schwesterschiff ausgefahren war, ist seit längerer Zeit ver-

mißt worden. Jetzt haben Fischer die Leichen von acht Matrosen gefunden, die auf dem Eisbrecher gewesen sind. Man nimmt an, daß das Schiff mit seiner ganzen Besatzung (30 Mann) untergegangen ist.

Erdbeben am Niederrhein.

Fast im ganzen Raum zwischen Dortmund und dem Haag, zwischen Amsterdam und Koblenz, wurden in der Nacht zum Montag Erdstöße beobachtet. Der Ursprung lag anscheinend in Holland; dort wurden die Stöße stellenweise mehrere Stunden vor Mitternacht beobachtet; im Ruhrgebiet dagegen erst ein Viertel vor 1 Uhr. In Holland war außerdem das Beben stärker: stellenweise gab es Mauer-Risse, während im Rheinland schlimmstenfalls Fensterklirren, Möbelwackeln und dumpfes Rollen beobachtet wurden.

Schroeders Sammelbücher für Zeitungsausschnitte.

Diese praktischen Hefte eignen sich gut zum Sammeln wichtiger Notizen aus Tageszeitungen, Fachblättern und Zeitschriften u. s. w.; sie sind deshalb ein sehr nützliches Hilfsmittel für Lehrer, Geschäftsleute, Ingenieure, Schriftsteller, Künstler, Gelehrte, Aerzte, Rechtsanwälte, Angestellte, Politiker, Redakteure und alle Menschen, die Ausschnitte, Muster, Entwürfe, Notizen u. s. w. sammeln und geordnet aufbewahren wollen.

Auf Wunsch gibt die Alleinherstellerin der Bücher, die Firma Alexander Schroeder, Lucka bei Leipzig, kleine Handmuster davon im Taschenformat und Preisliste kostenlos ab, wenn auf den „Funken“ Bezug genommen wird.

Außer den Büchern gibt die Firma auch lose Blätter kreuzweise streifigummirt aus Papier zum Einheften in Ordner oder Schnellhefter und aus Karton für Karteizwecke ab.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“

P. B. in Z. 2.— M., A. S. in Z. 2.— M., E. E. in M. 10.— M., K. Z. in M. 10.— M., A. P. in M. 20.— M.; R. L. in B. 46.— M., M. F. in G. 1.— M., M. H. in B. 78,75 M., A. G. in F. 200.— M., E. A. in S. 35.— M., E. B. in B. 10.— M., E. S. in B. 5.— M., T. H. in K. 25.— M., J. P. in B. 30.— M., A. O. in S. 15.— M., L. A. in S. —80 M., F. W. in M. 2.— M. Sammlung W. 25.— M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten sehr um weitere Stärkung unseres Werbefonds.

BRUNO GLUCHOWSKI
HÖHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (34)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. & H., BERLIN W 13

Von einer riesigen Menschenmenge ist der Marktplatz angefüllt, alle lauschen den Worten eines auf einem Wagen stehenden Redners. Günther kann nicht viel von dem Gesprochenen verstehen, da er zu weit abseits steht und so nur einige Wortfetzen an sein Ohr dringen. Der Redner hat geendet. Violo haben ihn nicht verstehen können, aber den Ausdruck seines Gesichtes, die Sprache seiner Hände haben sie verstanden, und die bedeuteten Kampf, Kampf bis zum letzten. Die „Internationale“ braust über den Platz, die Masse drängt auseinander.

Eine Menschenwoge, vorwiegend aus jüngeren Männern bestehend, flutet zum nahen Rathaus. Eine Polizistenkette stellt sich ihnen entgegen, wird über den Haufen gerannt. Im Sturm wird das Rathaus genommen. Das Waffenmagazin wird erbrochen, mit Karabinern, Pistolen und Handgranaten bewaffnet sich die Menge. Patronengurte werden verteilt, hängen wie Schals um die Schultern der bewaffneten Arbeiter. Schränke, Regale und Schreibtische werden ausgeräumt, Aktenbündel fliegen in hohem Bogen durch die Fenster auf die Straße, werden zerrissen, zertrampelt und verstreut.

Der Aufruhr ist losgebrochen. Steine fliegen in die Scheiben eines Goldwarengeschäftes; klirrend zersplittert das Glas. Der erste Steinwurf ist das Signal, die erste zertrümmerte Schaufensterscheibe ist der Auftakt zur Plünderung. Im Nu ist der Laden ausgeräumt; der Besitzer muß flüchten, um das nackte Leben zu retten. Das ist ihm lieber als all seine kostbaren Besitztümer. Nach allen Seiten hin verteilt sich die Menge, ein Geschäft nach dem anderen wird

gestürmt. Viele Geschäftsinhaber kommen erst gar nicht dazu, die eisernen Rolläden herunterzulassen, da sind schon die Plünderer unter ihnen. Ein Rausch hat die verzweifelte Menschenmasse ergriffen, blindlings folgt sie der Eingebung des Augenblicks.

Heute gehungert, gestern und vorgestern gehungert, die ganzen Jahre hindurch gehungert und Entbehrung gelitten. Immer besitzlos, immer von den Freuden des Lebens ausgeschlossen und an die Schattenseite gedrückt. He, ihr Männer, ihr Frauen, ihr Burschen, ihr Mädels, was steht ihr da und sperrt die Mäuler auf? Warum greift ihr nicht zu? Habt ihr Angst, daß ihr in die Hölle kommt, wenn ihr das nehmt, was euch von Rechts wegen gehört? Keine Bange, ihr habt ja schon die Hölle auf Erden. Steine aufgenommen, die Läden zertrümmert, die Scheiben zerschlagen. Du da, zögere nicht länger, nimm, was du siehst, nimm, was dir gefällt. Kaufen kannst du ja doch nichts, du armes Luder, hast ja niemals Geld. Stopf dir die Taschen voll, friß dich satt, pack dir ein ordentliches Bündel voll ein und nimm es mit nach Hause. Nimm, nimm, so schnell kehrt die Gelegenheit zu bargeldlosem Einkauf nicht wieder. Heute sind wir die Herren der Straße, der Stadt, der Situation; heute gehört alles uns. Wie nennst du das? Plünderung, Raub, gemeinen Diebstahl? Mensch, denk doch bloß einmal nach. Werden wir nicht viel schlimmer ausgeplündert? Unsere Arbeitskraft, unser einziges Kapital, man bezahlt sie uns nur zu einem Bruchteil ihres Wertes. Wie nennst du denn das? Haben wir nicht unsero gesunden Knochen für die Unternehmer hingegeben? Mußten wir nicht dabei mit unsoren Familien hungern und unsere Kinder halb nackt umherlaufen lassen? Ist das nicht auch Plünderung, Raub und gemeiner Diebstahl, der an uns begangen wird? Haben wir kein Recht zum Leben, he? Was sagst du da, das ist schon immer so gewesen, und wir können nichts daran ändern? Mensch, hau ab, laß dir 50 auf deine Hinterfront geben und küß noch dankbar die Hände, die dich peitschen. In die Fresse soll man dich spucken, denn mehr bist du nicht wert. Genug geredet, ihr kommt ja doch nie zu Verstand. Steine her, die Scheiben eingeschlagen. Ran an die Theke, raus

mit den Brocken. Wir sind da, die Armen, die Hungernden, die Unterdrückten und Entrechteten. Die Straße marschiert, der Pöbel, der Mob, die Proleten, wie uns die Dickbälge zu nennen beliebt.

Wüstestes Treiben überall. Waren aller Gattungen werden auf die Straße geworfen und von den Wartenden draußen aufgerafft. Brot und Schuhwichse, Büchsenfleisch und Drahtnägeln, Weinflaschen und Eisenwaren, Insektenpulver und Bonbons, Käse und Kunsthonig, Damenwäsche und Arbeitsschuhe, Fischkonserven und Büchsenmilch, Seife und Tabak; all dies liegt in trauestem Bei- und Durcheinander vor einem Kaufhaus auf dem Bürgersteig und in der Gosse. Ein Fischgeschäft wird erbrochen. Zwei junge Burschen greifen nach einem im Fenster liegenden Spickaal von Armeslänge, reißen ihn auseinander, stopfen sich die Stücke in den Mund und essen, daß ihnen das Fett am Kinn heruntertropft. Büchsen mit Oelsardinen, Heringen, Essiggurken, Rollmöpsen, Krabben, Aal in Gelee und den verschiedensten Marinaden werden auf die Straße geworfen, die Einrichtung demoliert. Dann zieht die Rotte weiter, dringt in ein Schuhgeschäft ein. Die Kartons werden aus den Regalen gerissen; jeder sucht sich etwas Passendes heraus. Ein zwanzigjähriger Bursche mit zerrissenen Schuhen und durchlöcherchten Strümpfen probiert ein Paar brauner Chevreauschuhe an, läßt sie, da sie ihm passen, an den Füßen. Die alten Trittlings packt er in den Karton, schiebt ihn wieder in das Regal zurück. Ein reelles Tauschgeschäft. Schuhkartons mit und ohne Inhalt liegen auf dem Linoleumfußboden umher, werden zertrampelt.

Immer mehr Zuzug bekommen die Billigerer aus benachbarten Stadtteilen; die Kunde von der billigen Einkaufsmöglichkeit hat sich mit Windeseile verbreitet. Vielfach kommen sie mit kleinen Handwagen, um möglichst viel weg-schleppen zu können. Alle wollen Anteil haben an der so leichten Beute. Alles Rechtsgedühl, aller Ordnungssinn ist wie Spreu hinweggefegt. Nur ein Gefühl ist vorherrschend; möglichst viel zu erraffen und in Sicherheit zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

Der „Wohlfahrtsstaat“.

H. O. Der tarifliche Stundenlohn für männliche Arbeiter aller Berufe ist seit Dezember 1930 um 24 Pfennige, das sind 22,2 Prozent, gekürzt worden. Das ist aber nur der Durchschnitt. Eine Lohnkürzung von 20 bis 25 Prozent wurde bei den Metallarbeitern und den Gemeindefabrikarbeitern durchgeführt. Bei den meisten Bauarbeitern liegt eine Kürzung zwischen 28,8 bis 34 Prozent vor. Hierbei handelt es sich wiederum nur um eine Senkung der tariflichen Stundenlöhne. Die Senkung der *Akkordlöhne* und der sonstigen Zulagen sowie die Einkommensverminderung durch Arbeitszeitkürzungen sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Im Durchschnitt betrug der Stundenlohn des männlichen Arbeiters, berechnet nach den Löhnen in der höchsten Lohnstufe im Juli 1932, 84 Pfennige.

„Ihnen war Macht und Ehre, ...“

„Der Deutsche Metallarbeiter“, das Organ des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, veröffentlicht folgende Liste über Gehaltszahlungen an Vorstände von Aktiengesellschaften. Der Liste liegen 39 Geschäftsberichte zugrunde. Bei den übrigen Aktiengesellschaften ist die Gehaltszahlung ähnlich.

Die Direktorengelöhner:

I. Montanindustrie:	Vorstand		
	Zahl der Mitglieder	Gesamtbezüge in Mark	Durchschnittsgehalt in Mark
Mannesmann-Röhrenwerke	7	878 000	135 000
Rhein. Stahlwerke A.-G.	4	280 000	70 000
II. Braunkohlen-Bergbau:			
Ilse-Bergbau A.-G.	2	257 000	130 000
Deutsche Erdöl A.-G.	5	582 000	120 000
III. Kalibergbau:			
Salzdetfurth-Konzern	10 (1)	1 000 000	100 000
Burbach Kaliwerke A.-G.	4	337 200	85 000
IV. Chemie:			
IG Farbenindustrie A.-G.	43	5 978 710	140 000
Dynamit Nobel A.-G.	2	212 000	106 000
V. Maschinenbau:			
Julius Pintsch A.-G.	3	373 000	125 000
R. Frister A.-G.	2	192 730	96 365
Bayerische Motorenwerke A.-G.	4	360 000	90 000
VI. Energiewirtschaft, Private Konzerne:			
Elektrizitäts-Lieferungs-A.-G.	3	300 000	100 000
Elektrizitäts A.-G. vorm. Lahmeyer	3	156 000	120 000
Deutsche Continental Gas (o. T.-G.)	1	160 000	160 000
VII. Fahrzeugbau:			
Deschimag Bremen A.-G.	4	219 400	55 000
Adler-Werke A.-G.	5	250 000	50 000
VIII. Schifffahrt:			
Hapag. Nord. Lloyd (Inter.-Oem.)	8	650 000	81 000
Hamburg.-Süd. Amerikanische Dampfschiffahrts-A.-G.	2	182 000	91 000
IX. Papierindustrie:			
Feldmühle A.-G., Stettin	8 (1)	820 000	103 000
A.-G. für Zellstoff und Papierfabrik A.G. Aschaffenburg	3	300 000	100 000
Zellstofffabrik Waldhof (ohne Tochter-Gesellschaft)	5	480 000	100 000
X. Baugewerbe und Baustoffindustrie:			
Julius Berger A.-G.	3	300 000	100 000
Philipp Holzmann A.-G.	7	400 000	60 000
Grün & Bilfinger A.-G.	5	320 000	64 000
Portland-Zementwerke, Dyckerhoff & Widmann A.G. (ohne T.-G.)	6	420 000	70 000
XI. Textilindustrie:			
Bremer Wollkammerei	3	320 000	110 000
Kammgarnspinnerei Stör A.-G.	3	270 900	90 000
Vereinigte Glasstofffabriken und Bemberg A.-G.	8	—	80 000
Berlin-Gubener Hutfabrik A.-G.	2	219 244	110 000
XII. Schuhindustrie:			
Konrad Tack A.-G.	5	357 000	71 500
Salzmander A.-G.	12 (1)	800 000	75 000
XIII. Warenhäuser:			
Leonhard Tietz A.-G.	9	900 000	100 000
Rudolf Karstadt A.-G.	11 (1)	699 297	63 500

*) Gesellschaften mit sehr großen Verlustabschlüssen.

14. Banken:			
Deutsche Bank und Disconto-Ges.	24	2 844 750	120 000
Commerz- und Privatbank	11	926 636	90 000
Dresdner Bank	11	867 310	75 000
Berliner Handelsgesellschaft	3	575 000	190 000

15. Versicherungsgesellschaften:			
Viktoria-Versicherungs-Konzern	9	650 000	75 000
Gerling-Versicherungs-Konzern	5	563 000	112 000

16. Filmgesellschaften:			
Universum Film A.-G. (Ufa)	8	770 000	100 000

„... wir sind vor Hunger verreckt!“

Diesen Gehältern muß man folgende Tatsachen gegenüberstellen. In Rheinhessen hatten 1800 in Arbeit

Indische Arbeiter geben ein gutes Beispiel.

Fortschritte in der Einheitsfront.

(IGB.) Als kürzlich in den Sitzungen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes die Frage der Arbeitszeitverkürzung zur Verhandlung stand, wurde die Front der jeglicher Arbeitszeitverkürzung feindlichen Unternehmer u. a. auch durch die Feststellung gestärkt, daß das Interesse der außereuropäischen Länder und insbesondere von Ländern wie Indien — wo auf diesem Gebiete noch internationale Sonderbestimmungen in Kraft sind — an dieser Frage gering sei, ja, daß dort solche Probleme gar nicht akut seien.

Gerade die indischen Arbeiter haben nun diese Behauptung Lügen gestraft. In bewundernswerter Weise sind kürzlich 6000 Arbeiter der Eisenbahn in Streik getreten, und zwar aus gar keinem anderen Grunde, als um zu erreichen, daß die Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit unter den vorhandenen Arbeitskräften verteilt wird, statt daß Entlassungen vorgenommen werden (die in diesem Falle 474 Arbeiter betreffen würden).

Die All-Indische Eisenbahnerföderation, die bei dem kürzlich unternommenen, sehr aussichtsreichen Versuch der Herbeiführung der Einheit in der indischen Gewerkschaftsbewegung eine ausschlaggebende Rolle spielte, unterstützt den Kampf mit allen Mitteln und wird in ihren Anstrengungen in äußerst erfreulicher Weise dadurch unterstützt, daß trotz der Drohung mit dem Verlust erworbener Rechte (Pensionen u. s. w.) die Büroangestellten der Werkstätten sowie die anglo-indischen Angestellten in einen Sympathiestreik eingetreten sind und damit eine Einheitsfront der drei Kategorien hergestellt haben.

Die Streikleitung hofft, den Kampf allmählich auf 54 000 Arbeiter ausdehnen zu können.

Transportarbeiterstreik in Krakau.

ITF. „Robotnik“, das Organ der polnischen Sozialdemokratie, vom 9. November berichtet über einen Arbeitskampf, der in den Transportbetrieben Krakaus ausgebrochen ist. Der Transportarbeiterverband stand schon seit etwa zwei Monaten mit dem Arbeitgeberverband der Spediteure wegen Abschluß eines Kollektivvertrages in Verhandlungen, die aber infolge des Widerstandes der Unternehmer zu keinem Ergebnis führten. In einer am 6. November abgehaltenen Versammlung haben die Arbeiter den Streik beschlossen, der noch am selben Tage erklärt wurde. 600 bei den Krakauer Speditionsbetrieben beschäftigte Arbeiter sind in den Kampf verwickelt.

Erfolgreicher Protest Erwerbsloser.

Im Kasseler Rathaus verhandelte am Sonnabend eine Erwerbslosen-Delegation mit dem Wohlfahrtsdezernenten, weil

stehende Metallarbeiter Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung, weil sie zu wenig verdienten.

Nach den Ergebnissen der Invalidenversicherung verdienten schon 1931 fast 7 Millionen Arbeiter weniger als 18 Mark wöchentlich.

Eine Familie von 11 Köpfen im Dillkreis mit etwas Land: Unterstützung pro Woche 3,50 Mark, macht pro Tag und Kopf 5 Pfennige!

Eine vierköpfige Familie bekommt 9 Mark Unterstützung. Nach Abzug der Miete bleiben pro Tag und Kopf 16 Pfennige!

Es wird immer aufdringlicher: Das kapitalistische System führt in die Barbarei, wenn wir nicht dafür sorgen, daß es durch den Sozialismus abgelöst wird.

den Unterstützungsempfängern die Kohlenbeihilfe abgezogen worden war. Zu diesem Abzug hatte sich die Stadt durch eine ministerielle Verfügung veranlaßt gesehen, gegen die die Stadt sofort Beschwerde eingelegt hatte — bisher vergeblich. Das Wohlfahrtsamt lehnte die Erwerbslosenforderungen ab. Während der Verhandlungen kamen Frauen mit Kindern ins Rathaus. Polizei schickte die Frauen hinaus. Sie ließen ihre Kinder zurück. Die Kasseler Regierung hat sich dann entschlossen, den Barackenbewohnern je einen Zentner Kohlen zu liefern.

Gegen den Gehaltsabbau in Holland.

ITF. Die holländische Eisenbahndirektion hat, durch die Regierung veranlaßt, mit Wirkung ab 1. Januar 1933 eine weitere Gehaltsenkung von 5 Prozent gefordert. Die jetzt geforderten Löhne liegen um nahezu 25 Prozent unter den 1921 gezahlten.

Die der ITF angeschlossene Organisation hat am 9. November etwa 40 Bezirksversammlungen abgehalten, am 27. November wird sie in Utrecht, dem Sitz der Direktion, gemeinsam mit den neutralen Eisenbahnverbänden eine von einer Demonstration gefolgte Protestversammlung abhalten. Die konfessionellen (der protestantische und der katholische) Verbände können sich wegen ihrer Abhängigkeit von der Geistlichkeit nicht an dieser gemeinsamen Kundgebung beteiligen. Sie werden eine getrennte Versammlung abhalten, wo die gleichen Forderungen behandelt werden. Fast das gesamte Personal ist organisiert.

Arbeitslosigkeit in Großbritannien.

(IGB.) Laut offiziellen Mitteilungen des Arbeitsministeriums gab es in Großbritannien Ende September 2 119 218 bei den Arbeitsnachweisen eingeschriebene Arbeitslose, d. h. 79 140 mehr als im Vormonat und 38 559 mehr als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zahl setzt sich aus 1 736 027 Männern und 270 416 Frauen zusammen, das übrige sind Jugendliche.

Hungerdemonstranten bei Roosevelt.

Eine Abordnung Erwerbsloser, die einen Hungermarsch auf Washington planen, war am Freitag bei dem künftigen Präsidenten der USA, Roosevelt, von dem sie die sofortige Bewilligung von 100 Millionen Dollar durch den Staatskongress für Erwerbslosenunterstützung, die Freigabe der Arsenalkasernen für Wohnungslose, freie Beköstigung und Fahrt für die Hungerdemonstranten verlangte. Roosevelt antwortete auf diesen Ansprüchen mit dem Hinweis, er sei Privatbürger und könne dem Präsidenten nichts vorschreiben.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2388
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12.

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Land-
heimen, Ferien-Lager,
Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Oberhemdenstoffe,
Tricotine, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.
Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufblügel und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hintert der Dorf-Aue 14

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!
Otto Pfothauer, Welmar,
Röhrstr. 40.

Wer unsere Schriften
noch nicht kennt,
ersuche uns um Zusendung von Probe-Schriften.
Kostenfrei
Liefere wir 12 Flugblätter und 1 Nummer unserer
„Mitteilungen“.
Gegen vorherige Zahlung von 1 M.
Liefere wir 12 Flugblätter, 3 Nummern unserer
„Mitteilungen“ (80 Seiten) und 12 Klebmarken.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71. Berlin

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter
Käse, Eier
Landbrot
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach
Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönhell
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 II

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
G Ö T T I N G E N / J ü d e n s t r a ß e 8, I I I.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 18. November: Uraufführung
Dassan, die Insel der 5 Millionen Pingwine
Belprogramm: **Charlie Chaplin.**
Festührende Wochenschau
Jugendliche haben Zutritt!
Anfangszeit: 18, 19 und 21 Uhr.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Soeben erschienen in neuer Ausstattung:
Philosophen
für und wider
die Revolution.
Von
HELLMUTH FALKENFELD.
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.
Inhalt:
I. Die Philosophen der französischen Revolution.
II. Immanuel Kant. VII. Stirner.
III. Johann Gottlieb Fichte. VIII. Tolstoj.
IV. Jakob Friedrich Fries. IX. Nietzsche.
V. Hegel. X. Popper-Lynkeus.
VI. Marx. XI. Leonard Nelson.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Hitlers Handlager in roten Roben.

Während die Nazipresse und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die „unbedingte Vernichtung des Kommunismus“ als Programmforderung der kommenden Regierung propagiert, hat der Oberrechtsanwalt den in Berlin als Schriftsteller arbeitenden Kommunisten Heinrich Meyer, langjährigen Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“, verhaften lassen.

Vielleicht besteht zwischen diesen beiden Ereignissen kein ursächlicher Zusammenhang. Sicher ist nur, daß die Leipziger Männer in den roten Roben, die immer schon aktiv gegen die politisch Roten gewesen sind, während sie Herrn Best laufen ließen, unter einer Regierung Hitler noch weit aktiver werden würden. Und mit welchen Begründungen hat man in letzter Zeit kommunistischen Redakteuren Hochverratsverfahren auf den Hals gebracht — wegen Artikel, deren Veröffentlichung Jahre zurücklag und von keinem Zensor beanstandet worden war!

Melcher will den Ruf vom internationalen Klassenkampf nicht hören!

Der Berliner Polizeipräsident hat den „Kampfruf“, die Zeitschrift der Arbeiter-Union, für ein halbes Jahr (die zulässige Höchstdauer) verboten, nachdem vor kurzem ein vierwöchiges Verbot derselben Zeitschrift abgelaufen war. Die Gründe für das neue Verbot dürfen nicht bekanntgegeben werden.

Der Grund dafür, daß die Verbotsgründe nicht bekanntgegeben werden dürfen, liegt nahe: bekanntlich sind die Zensoren neuerdings besonders scharf gegen jede Art Antikriegspropaganda. Wenn nun dauernd gesagt würde: die und die Zeitung ist wegen eines Antikriegsartikels verboten worden, dann würde die Teilnahme der Zensur an der Kriegsvorbereitung zu offensichtlich werden.

Kommunistische Demonstrationen

am Sonnabend abend werden aus ein paar Berliner Stadtteilen und aus Köln gemeldet. Etwa so: plötzlich sind hundert Menschen beisammen oder mehr; Sprechchor: „Nieder!“, Polizei; Gummiknüppel; Auflösung.

Papen sollte aufgespleißt werden.

„Furchtbares Verbrechen“ verhindert.

Vor einigen Tagen wurde die 33 Jahre alte Frau Paula Budde vor dem Palais des Reichskanzlers verhaftet und ihr ein — 30 Zentimeter langer Dolch abgenommen, mit dem sie, wie jetzt erst eine erstaunt aufhorchende Mitwelt erfährt, Papen einen „Denkzettel“ geben wollte, damit er „einen anderen Weg einschlägt“. Die bedauernswerte Heldin dieser Moritat wurde jetzt vom Schnellrichter im Polizeipräsidium wegen unbefugten Tragens einer Stichwaffe auf Grund der Notverordnung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Karriere.

Professor Carl Schmitt von der Handelshochschule in Berlin hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für öffentliches Recht erhalten. Schmitt hat durch seine Handlungskriterien für die „autoritäre Regierung“ (beim Staatsgerichtshof und sonst) viel dazu beigetragen, die öffentliche Achtung vor dem, was als öffentliches Recht von den Lehrstühlen und Richterstühlen verkündet wird, zu untergraben.

Der neue Reichstag

sieht nach dem amtlichen Endergebnis so aus:

Kommunisten	100
Sozialdemokraten	121
Deutsche Staatspartei	2
Zentrum	70
Bayerische Volkspartei	20
Deutsche Volkspartei	11
Christlich-Sozialer Volksdienst	5
Deutsche Bauernpartei	3
Deutsch-Hannoversche Partei	1
Wirtschaftspartei	1
Thüringer Landbund	1
Württembergischer Bauern- u. Weingärtnerbund	2
Deutschnationale Volkspartei	51
Nationalsozialisten	196
Zusammen	584.

Die parlamentarischen Reste in Preußen.

Der Landtag wird von Donnerstag an im Plenum tagen. Thema zunächst: das Leipziger Urteil, das neue Hindenburg-Diktat. Braun hat dem Landtag eine Denkschrift über die Vorgänge des 20. Juli eingereicht und wird selber im Landtag über die genannten Themen sprechen.

Der Staatsrat tritt am Dienstag zusammen. Thema: das Leipziger Urteil und seine Konsequenzen.

Forderungen der SPD im neuen Reichstag.

Wenn es um parlamentarische „Kämpfe“ geht, steht die SPD immer „in erster Reihe“. Das ist billig und erfordert keine großen Anstrengungen, während es nach außen hin einen guten Eindruck macht. Unter diesem Gesichtspunkt muß man die beiden von der Reichstagsfraktion der SPD beschlossenen Gesetzentwürfe betrachten. Der erste bezieht sich auf eine „Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung“, der zweite betrifft ein „Gesetz zur Erhöhung der Sozialleistungen“. Beide Gesetzentwürfe sind inhaltlich nicht schlecht, aber was nützen alle Forderungen, wenn sie nicht verwirklicht werden.

Der „Vorwärts“ gerät natürlich über diese „Aktivität“ aus dem Häuschen: „Die sofortige Aufstellung dieser Forderungen beweist, daß die Sozialdemokratie im Kampf um die Verbesserung der Lage Hilfsbedürftiger nach wie vor in erster Reihe steht.“

Damit ist die Bedeutung der Anträge genügend gekennzeichnet, es handelt sich um einen Versuch, der SP ein Alibi vor ihren Wählern und der Arbeiterschaft zu verschaffen.

Einige nationalsozialistische Oppositionsgruppen haben sich zu einer neuen Partei zusammengeschlossen, der Deutsch-

Der Radauherd SA.

Ein Junge erschossen.

Vor einem Nazilokal in der Altonaer Altstadt, in einer der Straßen, die den Blutsonntag vom Juli gesehen haben, ereignete sich in der Nacht zum Sonnabend ein Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten. Dabei wurde geschossen; von welcher Seite, darüber gehen die Nachrichten auseinander. Durch einen Querschläger wurde ein 12jähriger Junge ins Herz getroffen

und sofort getötet.

Am Abend zuvor hatte die Polizei aus demselben Lokal einen geladenen Trommelrevolver, sieben etwa ein Meter lange Eisenrohre, mehrere Totschläger, Schreckschußpistolen, Schlagriemen und lose Tischbeine herausgeholt.

Heldenschwindel der Nazis.

Die Breslauer „Volkswacht“ hat von 19 angeblich „für Deutschlands Ehre und Freiheit“ gefallenen Nazis, mit denen der „Schlesische Beobachter“ protzte, 4 genauer angesehen. Das Ergebnis:

Max Gohla (betrunken vom eigenen Gespann gestürzt); Wilhelm Thielsch (vom eigenen nationalsozialistischen Vater erstochen);

Herrenclub der Massenmörder.

Die Herren von Papen, Prinz Oskar von Preußen, Graf von Finkenstein, Graf von Hagen, Graf von Thiele-Winckler, Freiherr von Lersner, Freiherr von Wendt, von Helldorf, von Trotha und von Krosigk ermordeten gelegentlich Papens Abstecker auf der Rückreise von Dresden 238 Fasanen, 33 Hasen, 62 Karnickel und eine Ente. (So erfährt der „Vorwärts“, wohl von einem der Treiber.)

Viel Geschrei und wenig Wolle!

Das Ermittlungsverfahren gegen den Berliner Polizeimajor Encke, das am 20. Juli hochtrabend wegen „hochverräterischer Umtriebe“ eröffnet wurde, ist eingestellt worden, weil sich der Verdacht weder tatsächlich noch rechtlich begründen ließ.

Fühlungnahme zwischen Bayern und Oesterreich.

Nach einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ hat sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Held auf österreichischen Wunsch hin nach Innsbruck begeben, um dort mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß Fühlung zu nehmen. — Eine schwarze Angelegenheit!

Ostelbien oder der Golf von Guinea.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft, Abteilung Berlin-Charlottenburg, hat sich von einem Dr. Schluha aus Hamburg einen Vortrag halten lassen, um für ihre tiefgefühlte Sehnsucht nach Kolonien Begründungen und konkrete Parolen zu erhalten. Der Redner war dieser Aufgabe gewachsen. Deutschland fehle es an Lebensraum, erzählte er, und dieser Raum sei auch in Asien nicht zu finden, erstens wegen der vielen Aufstände, zweitens wegen der niedrigen Weltmarktpreise, bei denen der Europäer in den Südsäegebieten nicht bestehen könne. Die Zukunft liege am Golf von Guinea, in erster Linie in „unserem alten Kamerun und Togo“. Die Erschließung und Ausnützung der Tropen sei erst möglich gewesen, seit die ärztliche Wissenschaft um die Jahrhundertwende die Erreger der furchtbaren und für den Europäer nicht erträglichen Tro-

sozialistischen Partei. In der Leitung ist u. a. Klute (Berlin).

Der bremische Haushalt weist einen Fehlbetrag von etwa zehn Millionen Mark auf. Das sind etwa ein Zehntel der Einnahmen.

Der ehemalige deutsche Reichswehrminister Geßler erklärte in einer Rede über die deutsche Wehrpolitik, im Augenblick sei die allgemeine Wehrpflicht im Hinblick auf die hohen technischen Anforderungen der modernen Kriegsführung und die Kosten der Ausrüstung unzweckmäßig. Er empfahl dagegen — als billigeren Ersatz offenbar — die „körperliche Ertüchtigung“ der Jugend.

Beruhigungspillen für NS-Geldgeber, verabreicht von einem wandlungsfähigen NS-Grafen.

Die Teilnahme der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation am Berliner Verkehrsarbeiter-Streik hat offenbar in den Kreisen der Geldgeber der Nationalsozialistischen Partei Unwillen erregt. Wie prompt die Anpassung an die Wünsche der Geldgeber im Ruhrgebiet erfolgte, sei hier gezeigt an zwei Äußerungen des Grafen von Schwerin, des Chefredakteurs der Essener „Nationalzeitung“. Er schreibt in dieser Zeitung, dem nationalsozialistischen Organ für das Ruhrgebiet:

Im Januar 1931.

Sollte es auf Grund der Verschärfung der Lage in absehbarer Zeit zu einem legalen Streik kommen, d. h. einem Streik, der auf Grund von Urabstimmungen in den Betrieben verkündet wird, so wäre es ein Verrat an den Arbeitern, wenn dann die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Streikbrecherdienste leisten würde. Obwohl sie von der Unsinnigkeit auch dieses Streiks überzeugt sein müssen, können sich nationalsozialistische Arbeiter doch nicht dazu hergeben, ihren Arbeitskollegen durch den häßlichen Verrat an den einfachsten Begriffen kollegialer Kameradschaft in den Rücken zu fallen.

Im November 1932.

Wenn diese 12 Millionen ganz davon erfüllt werden, daß auch im Kampf gegen die Reaktion ein Zusammengehen mit dem Marxismus, auch bei wirtschaftlichen Kämpfen, gar nicht in Frage kommen kann, daß vor allen Dingen ein Zusammenstehen in einer proletarischen Front mit Sozialdemokraten und Kommunisten nie und nimmer in Frage kommen kann, dann wird auch mancher Spießbürger, der in den letzten Wochen es mit der Angst zu tun bekommen hatte, weil die NSDAP ihr Bekenntnis zum Sozialismus, zum deutschen Sozialismus, in die Tat umzusetzen begann, die Hemmungen wieder überwinden, die ihm eine jüdisch geleitete Propaganda in den letzten zwei Monaten gewissermaßen aufgedrät hat.

Herbert Gürtel (sein angeblicher „Reichsbanner“-Mörder freigesprochen, Nazis haben selber geschossen);

Fritz Winkler (durch Bauhubschuß im Braunen Hause selbst zu Tode gekommen).

Das sind vier Fälle, die auf den ersten Blick festgestellt werden konnten. Natürlich gibt es solcher Fälle sehr viele. Wir haben im „Funken“ oft darüber berichtet. Einer der ärgsten war der des SA-Manns Jaehnke, der bei einem Mordversuch an einem sozialdemokratischen Redakteur sich selber umbrachte.

Politische Justiz der Woche.

In der vergangenen Woche wurden, soweit uns bekanntgeworden ist, folgende Urteile wegen politischer Vergehen gefällt:

Gegen Linksextremisten:

ein Todesurteil; insgesamt 54 Jahre 2 Monate Freiheitsstrafe, davon 34 Jahre 6 Monate Zuchthaus. (Hierin sind enthalten 1 Jahr Zuchthaus und 2½ Jahre Gefängnis wegen Sabotageakten beim Berliner Verkehrsstreik.)

Gegen Nationalsozialisten:

insgesamt 6 Jahre 1 Monat Freiheitsstrafe; kein Zuchthaus.

penkrankheiten entdeckt habe und sie zu bekämpfen erlernte. Deutsche Aerzte seien in hervorragender Weise daran beteiligt gewesen. U. s. w. Zum Schluß natürlich die dringende Forderung nach der Rückgabe „unserer alten Kolonien Togo und Kamerun“, damit „wir“ anfangen könnten mit der Arbeit.

Die Arbeit, den für das deutsche Volk notwendigen Lebensraum zu erschließen und auszunutzen, kann sofort in Angriff genommen werden. Dieser Lebensraum liegt im ostelbischen Großgrundbesitz bereit. Dieses Gebiet besitzt außerdem vor Togo und Kamerun den Vorzug, daß es für Europäer zugänglich ist ohne vorhergehenden Kampf mit Tropenkrankheiten, und daß es daher einen europäischen Berichterstatte nicht zu so albernen Bemerkungen veranlaßt, wie der, daß die Tropen erst auf Grund ärztlicher Entdeckungen hätten erschlossen und ausgenutzt werden können. Als ob in Togo und Kamerun nicht auch vorher schon Menschen gelebt und die Naturschätze des Landes ihren Interessen gemäß ausgenutzt hätten!

Der französische Steuerbetrug.

An der Steuerhinterziehung-Affäre sind, wie jetzt bekannt geworden ist, 1018 Kapitalisten beteiligt. Der Direktor der Baseler Handelsbank, der bei der Affäre als ausführendes Organ gearbeitet hat, ist bereits verhaftet worden. Die in der französischen Öffentlichkeit verlangte Veröffentlichung der Namen der Betrüger ist vorläufig nicht vorgenommen worden. Das Kabinett hat sich aus der unangenehmen Situation gezogen, indem es erklärte, die Sache sei jetzt den Gerichten übergeben worden und die Regierung habe mit der Sache weiter nichts zu tun, könne also auch die Namensliste nicht veröffentlichen. Im Falle von drei Senatoren, die in die Geschichte verwickelt sind, ist bereits die Aufhebung der Immunität beantragt worden.

Der neue amerikanische Kongreß.

Nach der jetzt bekanntgegebenen amtlichen Meldung, setzt sich der neugewählte Kongreß der USA aus 314 Demokraten, 116 Republikanern und 5 Farmarbeitern zusammen. Für den Senat wurden gewählt: 59 Demokraten, 36 Republikaner und 1 Farmer. Die Demokraten haben also in beiden Parlamenten bei weitem die absolute Mehrheit.

Die columbische Regierung hat einen amerikanischen Frachtdampfer gekauft, ihn zum Truppentransportdampfer umgewandelt und mit drei Kanonen versehen, um mit seiner Hilfe die im Sommer von Peru eroberte columbische Grenzstadt Leticia zurückzuerobern.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin 8 14, Inselstr. 8a.

„Klare Fronten“.

Wnek. Ueber das Buch „Nationalpolitische Erziehung“ von Ernst Kriek, Professor der Pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M., sagt der Jequit Theo Hoffmann in der „Germania“: „Es schafft klare Fronten“. Da die Kritik im Wesentlichen eine zustimmende Wiedergabe der wichtigsten Gedanken Krieks ist, fragt man sich: wo sind hier Fronten? Die „ganz klare Stellung“ besteht darin, daß Kriek das Völkische als den höchsten, entscheidenden Wert bezeichnet. Nach ihm steht „eine Verstärkung des Einflusses der Kirche ... in dem Augenblick kein wesentliches Hindernis entgegen“, wenn „die Kirche sich als Volksglied weiß und auf ihre Weise dem Volksganzen dient“.

Hoffmann entgegnet: „Volk ... ist nicht. Letztes ... Religion ist mehr als ein Mittel, dieser völkischen Haltung letzte Verankerung und Verwurzelung zu geben. Religion und Glauben sind Werte, die der Christ auf der obersten Spitze seiner Werteskala sieht, der alle ändern, auch die nationalen, unterstellt sind.“

Die ausführliche Kritik dieses pädagogischen Buches in einer katholischen Tageszeitung ist ein Beweis, daß, von katholischer Seite nur die Nationalsozialisten als ernste Gegner auf schulpolitischem Gebiet betrachtet werden. Wie schlecht ist es da um die „deutsche“ Schule bestellt!

Neue Retter des Kapitalismus gesucht!

Wer hilft dem deutschen Kapitalismus nach sechs Monaten Junker-Regierung auf die Beine?

In der Regierungserklärung der Barone vom 4. Juni 1932 heißt es, die Regierung sei „erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation“; sie werde „nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen“.

Jede Etappe dieses Kampfes wurde eingeleitet durch eine Ministerrede. Dann folgte eine amtliche Erläuterung der Verordnung und schließlich die Verordnung selber. Danach kamen die Ausführungs- und Durchführungsverordnungen. Dieses ganze autoritäre Regierungsverfahren war umrankt von Telegrammen, Entschlüsselungen und Kundgebungen der verschiedensten kapitalistischen Interessengruppen, die teils neue Maßnahmen forderten, teils gegen geplante oder schon beschlossene Maßnahmen protestierten.

Die einheitliche Linie wurde durch dieses Rankenwerk vielleicht jeweils für die Leser bestimmter Zeitungen verdeckt; aber sie wurde nicht umgebogen. Der rote, besser: grüne Faden, der sich durch alles hindurch zieht, heißt: *Rettung der Junker, Erhaltung der wirtschaftlichen Grundlage ihrer politischen Macht.*

Dazu waren sie ja nach vierzehn Jahren aus der Versenkung wieder aufgetaucht! Bis zum Mai 1932 konnten sie sich einigermaßen darauf verlassen, daß die industriellen Berater der Regierungen ihre agrarischen Interessen achteten, noch kurz vorher sogar darauf, daß die Sozialdemokraten unter Führung von Herrn Baade für Erhöhung der Getreidezölle stimmen würden. Brünings kunstvolles Spiel mit dem Parlament und den unruhiger werdenden Arbeitermassen halten sie so lange wohlwollend angesehen, als ihre eigenen Interessen

befriedigt wurden. Sie hatten an sich gewiß nichts dagegen, daß die SPD und damit weite Kreise der Arbeiterschaft die kapitalistischen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung tolerierten! Das war ja eine ausgezeichnete Sicherung gegen die Revolution.

Wann hörte die Tolerierung der Reichsregierung durch die Junker auf? Doch in dem Augenblick, als Brüning sich anschickte, jene für sie gefährliche Bahn zu betreten, an deren Ende sich die *Krisenüberwindung auf Kosten der ostelbischen Junker*, wenn auch vorläufig erst als nebelhafter Schatten, abzeichnete. Mit dem Kriegsruf „Gegen den Bolschewismus!“ wurde Brüning gestürzt. Damit endete das kunstvolle halbparlamentarische Spiel des katholischen Frontsoldaten, und es begann der tollkühne Ritt des Herrenreiters, mit anderen Worten: die autoritäre Staatsführung. Ihre leitende Parole wurde nicht ausgesprochen, aber sie war deutlich: *Rettung der kapitalistischen Wirtschaft, aber nicht auf Kosten der Junker; sondern Rettung der Junker, der Schwerindustriellen und möglichst vieler anderen Kapitalisten — auf Kosten der Arbeiterschaft.*

Whoin haben diese kapitalistischen und feudalen Rettungsversuche Brünings und Papens geführt? Können sie noch fortgesetzt werden? Welche neuen oder alten „Retter“ werden nach dem Rücktritt des Kabinetts von Papen auf der politischen Bühne erscheinen? Mit welchen Mitteln werden sie arbeiten? — Wir wollen versuchen, diese Fragen im folgenden teilweise zu beantworten, wenigstens so weit, als es uns nützlich scheint zur Beantwortung der Frage, die uns innerlich weit mehr berührt, der Frage nämlich: *Was könnte eine Arbeiter-Regierung heute tun?*

eine gewisse Belebung, weil es trotz redlicher Bemühungen nicht gelungen ist, sämtliche Selbstheilungskräfte der Wirtschaft zu zerstören; Papens Verdienst wäre das nicht!

3. Die öffentlichen Finanzen.

Wir haben im „Funken“ über das schwächste Glied der Kette, die Gemeinden, so oft geschrieben, daß wir hier nur einige Zahlen wiederholen wollen: Die Kommunen schulden an private Lieferanten angeblich eine halbe Milliarde Mark. Die preußischen Gemeinden haben an die Staatskasse bis Ende August 130 Millionen Mark Staatssteuern nicht abgeführt. Große Städte beantworten Anfragen, wann sie rückständige Zinsen bezahlen, entweder gar nicht oder geben eine patzige Antwort (etwa: durch Klagen werde die Finanzlage der Stadt nicht gebessert!). Die Anfang November angekündigte Reichshilfe für die Gemeinden erwies sich bei näherer Betrachtung als eitel Schaumschlägerei (vergleiche Nr. 265).

Die Reichseinnahmen liegen für das erste Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres um 400 Millionen Mark unter dem Voranschlag. Der Fehlbetrag in diesem Jahr wird wohl rund drei Viertel Milliarden Mark betragen (bei einem Einnahmeveranschlag von rund 7,5 Milliarden Mark). Die Vorriffe auf künftige Steuereinnahmen durch die Ausgabe von Steuergutscheinen und von Schatzanweisungen belaufen sich auf mehrere Milliarden Mark. Wenn die Belebung der Wirtschaft nicht kommt, was dann? Wer bezahlt dann das, was Kapitalisten und Junker aus den Steuereinnahmen künftiger Jahre heute vorweg bekommen haben?

Selbst was sie nicht hatten, haben sie verschleudert.

So handeln Glücksspieler und Herrenreiter!

Schließen wir diese Inventur des Bankrotts mit dem, was wir bereits einmal veröffentlichten als:

Unvollständige Bilanz!

Die Junker-Regierung hat es in knapp halbjähriger Regierungszeit fertig gebracht, durch ihre Maßnahmen auf Jahr gerechnet 4,5 Milliarden Mark, etwa 10 Prozent des deutschen Volkseinkommens, von den Massen auf die herrschende Klasse zu verschieben, ungerechnet die vorläufig noch nicht in Zahlen faßbare Belastung der Massen durch Zollerhöhungen und Verwendung von Haushaltsmitteln.

Die Inventur des Bankrotts.

1. Die Landwirtschaft.

Herr, rette uns vor der zu großen Getreideernte, — so beten die Junker. Und da kein Gott dieses übrigens wohl gottoslüsterliche Gebet erhört, übernimmt die „von ihrer schweren Verantwortung vor Gott“ und den Junkern „erfüllte“ Regierung das Rettungswerk. Die jahrelange künstliche Hochhaltung der Getreidepreise führte zur Erweiterung der Anbaufläche. Als nun in diesem Jahr das „Unglück“ einer reichen Ernte dazu kam, schützten die Schutzzölle nicht mehr vor dem Preisrutsch. Viele kleinen Mittel blieben ohne durchgreifenden Erfolg. So schritt man zur angeblich „letzten Maßnahme“: dem Aufkauf von Getreide mit Hilfe staatlicher Mittel. Auf diese Weise hofft man, den größten Teil der Junker wirtschaftlich lebendig durch die Krise zu bringen, vorausgesetzt, daß ihr am meisten gefährdeter Teil von der Osthilfe betreut wird, vorausgesetzt ferner, daß das Bezahlen von Zinsen und Rechnungen auch sonst weithin außer Übung bleibt.

Aber die Bauern? Pflanzliche Nahrungsmittel kosten heute im Durchschnitt so viel wie vor dem Krieg; Vieh kostet rund ein Drittel weniger.

Den Bauern hat man zunächst Zölle für bäuerliche Produkte (Vieh, Viehprodukte) versprochen. Das heißt: Die agrarische Hälfte der herrschenden Klasse hat stets Zölle für alle Agrarprodukte gefordert und fast stets nur Zölle für Getreide durchgesetzt. Merkwürdig!

Da tauchte der Plan auf, die Einfuhr bäuerlicher Produkte zu kontingentieren. Und wie wurden da erst die Bauern an der Nase herumgeführt! Die Kontingente wurden in einer lange vorher angekündigten Rede des Reichsernährungsministers versprochen. Der Kanzler sagte die Kontingentierungen ebenfalls zu. Ein Termin für ihre Einführung wurde mit Bestimmtheit genannt. Aber sie kamen nicht. Merkwürdig!

Jetzt taucht ein neuer Plan auf: Kartellierung landwirtschaftlicher Produkte. Entsprechend dem Namen des ersten Befürworters dieser Maßnahmen (von Knebel) wurde der Plan treffend „Knebelung der Landwirtschaft“ genannt. Diese Knebelung wird nicht gelingen. Denn wie soll man einen Plan zur Produktionsregelung, deutlicher: *Produktionseinschränkung* bei Millionen von Betrieben kontrollieren? — Und wenn die Knebelung gelingt, was soll sie den Bauern nützen? Freilich wird sie zu einer Erhöhung der Preise führen; dies wird aber die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung noch weiter beschneiden. Die Produktion müßte dann so stark gedrosselt werden, daß für die Bauern kaum ein Vorteil herauspringen könnte. — Ein undurchführbarer oder unwirksamer Vorschlag zu Gunsten der Bauern. Merkwürdig!

Alle diese Merkwürdigkeiten lassen sich sehr einfach erklären: Hohe Getreidepreise sind den Industriekapitalisten zwar auch nicht angenehm, weil sie eine Hemmung für Lohnsenkungen darstellen. Aber die Getreide-Schutzzölle richteten sich gegen Länder, in denen nicht so viel deutsche Industrieausfuhr auf dem Spiele steht wie in denjenigen Ländern, aus denen bäuerliche Produkte eingeführt werden (Dänemark, Holland!).

So sind die Bauern in einer furchtbaren Umklammerung: Die Großagrarien haben ihnen mit Duldung der Industriellen das Futtergetreide verteuert und ferner durch Hochhaltung des Brotgetreidepreises Konsumenten kaufschwach gemacht. Das ist das tatsächlich Entscheidende. Daß nun die Industriellen die Drosselung der Einfuhr bäuerlicher Produkte nicht duldeten, ist minder wichtig, da diese Maßnahme den Bauern doch in Anbetracht der schwindenden Massenkaufkraft kaum genutzt hätte. Doch zeigt sich hier deutlich die *Klassenolidarität* zwischen den Industrie-Kapitalisten und Junkern und — wenn auch für die Bauern längst nicht deutlich genug! — die *Klassenkluft* zwischen Großagrariern und Bauern.

2. Die Industrie.

Die Stützung der kartellierten Schwerindustrie, entgegen den Interessen der verarbeitenden Industrie, wurde von der Regierung der Barone fortgesetzt. Große Reichsbahn-aufträge an die Schwerindustrie zu einer Zeit des schrumpfenden Bahnverkehrs bezeichnen die Linie der Politik.

Der verarbeitenden Industrie wurden bereits durch die Ankündigung der Kontingentspolitik, durch die im übrigen ergebnislose Rundreise der Tomatenkommission auf den ausländischen Märkten zweifellos schwere Schäden zugefügt. Außerdem leidet die verarbeitende Industrie besonders unter der Niederhaltung der Massenkaufkraft, namentlich infolge gleichzeitiger Hochhaltung der Kartellpreise für Rohstoffe.

Die Regierung hat allerhand geleistet, um — ähnlich wie den Gegensatz zwischen Großagrariern und Bauern — den Gegensatz zwischen Schwerindustrie und verarbeitender Industrie zu überbrücken. Der gesamten Industrie wurde das große Geschenk der Steuergutscheine gemacht (Landwirte und Händler kommen als Empfänger erst in zweiter Linie in Frage). Der gesamten Industrie wurde die Möglichkeit zu Lohnkürzungen eröffnet. Der gesamten Industrie wurden billige Kohlen angeboten. Der Reichsbank-Diskont wurde nach Aenderung des Bankgesetzes gesenkt. Zwei Sanierungsgesellschaften, bei denen die Banken faule Aktien und faule

Forderungen bis zur Belebung der Konjunktur gewissermaßen auf Eis legen sollen, sind im Werden; ihr Zweck: die Banken sollen leichter Kredite geben können.

Die bisherigen Belbungszeichen in Industrie und Handel sind so winzig, daß man sie selbst mit dem Fernglas der amtlichen Statistik kaum sieht. Die industriellen Betriebe sind zu rund einem Drittel ausgenutzt; es gibt rund 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Diese Ziffern haben mehr Gewicht als die Versprechungen eines Herrenreiters über die Einstellung von 1/4 Millionen Arbeitslosen. Vielleicht kommt im Frühjahr

Kann der Kapitalismus gerettet werden?

Ja! Er kann gerettet werden, aber nur unter *Opfern!* Danach, wer zu ihnen gezwungen wird, entscheidet sich, wie das Rettungswerk aussieht, und wer es führt.

Der Kapitalismus, der als solcher ja in Deutschland in erster Linie industrieller Kapitalismus ist, kann gerettet werden auf Kosten der Junker, auf Kosten jener Ueberreste aus der Feudalzeit, die für den werdenden Kapitalismus von größter Bedeutung waren für die Auffüllung der städtischen Reservearmee. Die Bodensperre durch die ostelbischen Junker kann jetzt fallen. Denn Lohndrücker können die Industriellen beim heutigen Stande der Verkehrstechnik ja nicht nur aus dem eigenen Lande beziehen. Wenn die Bodensperre in Ostelbien gemildert würde (von einer wirklichen Brechung wird unter einer kapitalistischen Regierung natürlich nicht die Rede sein), so würde Siedlungsland frei für Bauern, und gleichzeitig würde sich die Möglichkeit ergeben, den Konsumentenmassen das Brot und den Bauern das Futtergetreide zu verbilligen. Dann brauchte man den Bauern, um sie bei der Stange des Kapitalismus zu halten, nicht mehr solche Maßnahmen zu versprechen, deren Durchführung industrielle Interessen schädigt; dann könnte man entweder auf der Grundlage steigender Massenkaufkraft die industrielle Produktion für das Inland oder auf der Grundlage sinkender Geldlöhne die industrielle Produktion für das Ausland steigern.

Dieser Rettungsversuch würde an Erfolgsaussichten wesentlich gewinnen, wenn gleichzeitig Teile der Schwerindustrie geopfert würden. Da diese das eigentliche Zentrum des deutschen Kapitalismus bildet, ist es allerdings selbst inmitten der Krise nicht wahrscheinlich, daß sich die deutschen Kapitalisten freiwillig zu einem solchen Schritt entschließen werden.

Der Kapitalismus könnte ferner gerettet werden durch Planwirtschaft. Die von kapitalistischer Seite stammenden Vorschläge, sogar die Bauern, also eine schwer organisierte Masse von Produzenten, in die Planwirtschaft einzubeziehen, zeigt, wie stark der Gedanke Wurzel gefaßt hat, durch Planwirtschaft den Kapitalismus zu retten. Das russische Vorbild lockt; es hebt sich ja von dem Krisenbild der kapitalistischen Staaten besonders vorteilhaft ab. So liegt es nahe, daß die Kapitalisten etwas ähnliches aufbauen wollen zur Wahrung ihrer kapitalistischen Interessen. Die Planwirtschaft könnte zum Beispiel Hand in Hand durchgeführt werden mit Ausweitung des freiwilligen Arbeitsdienstes und seinem Umbau zur Arbeitsdienstpflicht. Der Reichsbankpräsident Luther hat bekanntlich einen Plan für eine geldlose Hilfswirtschaft neben der übrigen kapitalistischen Wirtschaft entworfen. Wer weiß, ob nicht auf einer solchen „Hilfswirtschaft“ sehr bald das Schwergewicht der kapita-

listischen Wirtschaft und der kapitalistischen Ausbeutung liegen würde?

Die bisherige Ausbeutung war noch nicht „planmäßig“ genug. Darum gab es die Krisen. Warum also eigentlich nicht Planwirtschaft zu ihrer Beseitigung?

Wenn man die Planwirtschaft nicht will oder ihre Durchführung für zu schwierig hält, was könnte man dann tun? Den Kapitalisten bieten sich da vor allem zwei weitere Wege an.

Der erste Weg heißt Inflation. Ansatzpunkte dazu sind *„Börser“* da. Man würde die Inflation natürlich *„freiwillig“* nennen. Man würde sie vielmehr beginnen inmitten einer ausgiebigen Propaganda gegen Inflationsprojekte. „Arbeitsbeschaffung“, das wäre eine besondere schlagkräftige Parole zur Tarnung des Lohnraubs durch Inflation. Auch heute sind ja die Löhne der Arbeiterschaft noch längst nicht so niedrig wie in der Inflationszeit. Wahrscheinlich gibt es gar kein besseres Mittel, möglichst alle Opfer der Krisenbekämpfung der Arbeiterschaft aufzuladen, als die Inflation. Großagrarien und Industriekapitalisten würden ihre Schulden los, desgleichen Reich, Länder und Gemeinden. Alles auf Kosten der kleinen Sparer und der Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsempfänger!

Freilich, was geschieht nach dieser radikalen Beschneidung der Massenkaufkraft durch Inflation? Vielleicht Planwirtschaft, vielleicht etwas anderes, vielleicht auch das Mittel, das noch nie versagt hat zur Ablenkung von inneren Schwierigkeiten, zur Herstellung der Volksgemeinschaft, — ein Mittel, das man vielleicht deshalb schon vor oder doch gleichzeitig mit einer Inflation anwendet, weil es sich ausgezeichnet dazu eignet, die Opfer zum Verstummen zu bringen. Dieses Mittel ist: *Krieg*.

Sie haben Kaffee ins Meer geworfen, sie haben Getreide verbrannt, um den „Warenüberfluß“ zu beseitigen! Warum sollten sie nicht „überflüssige“ Menschen in einem Blutmeer ertränken, wenn doch dabei ihre Schornsteine rauchen und wenn sie dabei Profite machen können, endlich wieder — nach langer Zeit der Krisen-„Entbehrung“?

Die Frage, *wer das Rettungswerk führt*, können wir unseren Lesern zur eigenen Beantwortung überlassen. Warmbold, Luther, Schacht, Bracht, Hitler, Schleicher und viele andere kommen in Betracht, je nach dem Rettungsplan oder der Kombination mehrerer Rettungspläne.

Der Kapitalismus kann gerettet werden. Aber er muß nicht gerettet werden! Darum hat die Frage Sinn, um derentwillen wir hier, nach dem Rücktritt der Regierung der Barone, die Inventur ihres Bankrotts aufmachen und untersuchen, welcher kapitalistische Retter an die Stelle des Herrenreiters treten kann, der sich als ein Hereinreiter erwiesen hat, und was dieser neue Retter versuchen kann. Wir meinen die Frage:

Kann der Kapitalismus vernichtet werden?

Ja! Er kann vernichtet werden. Es steht hier wie bei der Rettung. Auch die Vernichtung ist nur unter *Opfern* möglich.

Zu diesen Opfern müssen die entscheidenden Kapitalistengruppen von der Arbeiterschaft *gezwungen* werden. Dazu hat die Arbeiterschaft auch heute die Kraft, wenn sie einig ist und die Bauern und weite Kreise der dem Mittelstand näher stehenden Kapitalisten, insbesondere Kreise der verarbeitenden Industrie und des Handels, wenigstens teilweise neutral hält.

Der Weg zum Sozialismus geht über die Brechung der kapitalistischen Monopole. Die entscheidenden Monopole sind die an Boden und Bodenschätzen. Sie beruhen teils auf der Sperrung des Bodens und seiner Schätze durch die zufälligen Eigentümer, teils außerdem auf monopolistischer Abschließung des Binnenmarktes gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Diese Monopole können gebrochen werden *mit Nutzen* für die Bauern und zum mindesten *ohne Schaden* für weite Kreise des Mittelstandes, der verarbeitenden Industrie und des Handels. Wir fordern seit langem: *Radikale Senkung der Kartellpreise und Senkung der Getreidepreise*. Beides ist erreichbar durch Zolllenkungen und Einstellung aller der vielen Subventionen, die den Schwerindustriellen und Großgrundbesitzern heute zu Teil werden. Beide Maßnahmen führen zu einer *Vermehrung*

der Kaufkraft der Massen und damit zur Ueberwindung der Krise.

Sie können nur im Kampf mit den entscheidenden Kapitalistengruppen erzwungen werden. Der Kampf lohnt doppelt: Denn das Zerschlagen von Monopolpositionen der herrschenden Klasse ist nicht nur ein *Mittel zur Ueberwindung der Krise*, sondern außerdem der *erste Schritt zur monopolfreien, sozialistischen Gesellschaft*.

Diesen Kampf könnte die Arbeiterschaft heute führen, diesen Kampf könnte die Arbeiterschaft morgen gewinnen, — wenn sie einig wäre.

Wenn wir im Kapitalismus stecken bleiben, wenn die Krise auf unserem Rücken bekämpft und vielleicht überwunden wird, wenn wir diese kapitalistischen Manöver mit Opfern nicht nur an *Einkommen*, nicht nur an *Gesundheit*, sondern wahrscheinlich auch an *Blut* bezahlen müssen, so nur darum, weil wir nicht einig sind. Und wenn wir nicht einig sind, so liegt das nur daran, daß wir um die Einheitsfront nicht lange, nicht ehrlich und nicht hart genug gekämpft haben.

Hellmut Rauschenplat.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferungen infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Janowitz 9909 Postcheckkonto Berlin Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

BERLIN • Dienstag, den 22. November 1932

Der Polizeipräsident.

Abteilung I.
1^r R 34⁰⁰/292. 32.

Berlin, den 21. November 1932.

Verbot.

Auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 (RGBl. I S. 91) in Verbindung mit §§ 81, 86 des StGB. und auf Grund des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 verbiete ich die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Funke“ einschließlich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 18. Dezember 1932 einschließlich. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen.

Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich zur Beschleunigung der Angelegenheit, die Beschwerdeschrift in fünffacher Ausfertigung vorzulegen.

Gründe:

In der Nummer 278 A und B des ersten Jahrgangs der Tageszeitung „Der Funke“ vom 20. November 1932 wird auf Seite 1 und 2 unter der Ueberschrift „Nieder mit Hindenburg! Nieder mit dem Schützer des Faschismus!“ der Reichspräsident beschimpft und böswillig verächtlich gemacht.

Es wird u. a. folgendes ausgeführt: „Es ist nichts als ein alberner Unfug, in Hindenburg den Mann zu sehen, der der ‚stärkste Garant‘ der Weimarer Verfassung ist . . .“ „Wenn wir vorschlagen, den proletarischen Angriff auf ihn zu konzentrieren, so deshalb, weil er für das ganze chaotische Durcheinandergewirbele der kapitalistischen Schandherrschaft geradezu der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist, der Mann des ‚Vertrauens‘ aller jener schwankenden, beutellüsternden und schieberischen, aber auch vieler jener anderen, verelendeten, verzweifelten Elemente, die alle zusammen wie gebannt auf diesen Mann starren, der ohne eigenes Verdienst in diese Vertrauensstellung hineinmanövriert worden ist . . .“ „Was er aber an staatsmännischer und politischer positiver Arbeit geleistet hat, ist derartig unter allem Durchschnitt stehend, daß niemand auch nur die Spur einer Begründung für die Behauptung finden kann, Hindenburg hätte Grund, sich auf seine staatsmännische Tüchtigkeit etwas zugute zu halten . . .“ „Darauf läßt die scheußliche Maulkorbverordnung Hindenburgs schließen, die jede öffentlich-politische Erörterung seiner Taten bis zum 2. Januar verbietet. Das ist die typische Herrschaft von Leuten, die nichts verstehen: Wer hungert, wird erschossen! Wer den Mund aufmacht, kommt ins Zuchthaus!“

In demselben Artikel mit der Ueberschrift „Nieder mit Hindenburg! Nieder mit dem Schützer des Faschismus!“ wird außerdem besonders durch folgende Ausführungen zum Umsturz der bestehenden Verfassung durch gewaltsame Beseitigung des Reichspräsidenten aufgefordert: „Hindenburg muß von seinem Posten verschwinden . . . Hindenburg könnte durch eine Zweidrittelmehrheit der Reichstagsabgeordneten förmlich abgesetzt werden, wenn diese eine Volksabstimmung beantragen, und die Volksabstimmung dann eine Mehrheit für die Absetzung ergibt. Die Zweidrittelmehrheit im Reichstag ist nach dem jetzigen Stand nicht zu erreichen, ganz abgesehen davon, daß es gar nicht sicher ist, ob der Reichstag überhaupt die Möglichkeit erhält, über einen solchen Antrag abzustimmen. Wie sollte Hindenburg sonst gestürzt werden? Das geht nur durch eine außerparlamentarische politische Aktion der Arbeiterschaft . . .“

Am Schluß des Artikels wird dann in offensichtlichem Zusammenhang hiermit folgendes ausgeführt: „Die Betriebe müssen durch die Vertrauensleute so durchorganisiert werden und die erwerbslosen Kollegen müssen durch ihre Ausschüsse so in die Hand genommen werden, daß das Proletariat schlagkräftig und schlagbereit dasteht für den zu erwartenden Moment des offenen faschistischen Terrors. Aber diese Organisation hat natürlich nicht nur den Zweck, zu warten durch den ersten Hieb auf den anderen. Ist sie durchgeführt, dann gilt es, sie zum Angriff einzusetzen. Hier schlagen wir — wie gesagt — an erster Stelle einen groß angelegten Angriff vor auf die ‚historische Persönlichkeit‘, um die sich die ganze schwankende Macht der bürgerlichen Klassengesellschaft gruppiert. Hindenburg stürzen heißt: den Anfang zu machen mit dem Sturz des ganzen Systems.“

In den am Anfang der Verbotgründe auszugsweise wiedergegebenen Ausführungen liegt ein Verstoß gegen § 6 Abs. 1 Ziff. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 RGBl. I S. 297, weil dadurch der Reichspräsident als Organ des deutschen Reiches beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wird.

Die übrigen, gleichfalls auszugsweise wiedergegebenen Ausführungen lassen zweifelsfrei erkennen, daß zur Beseitigung der Staatsform durch eine nicht verfassungsmäßige, sondern gewaltsame Entfernung des Reichspräsidenten aufgefordert wird. In dieser Hinsicht ist daher das Verbot auf Grund der §§ 81, 86 StGB. in Verbindung mit § 13 des Rep. Sch. Ges. sowie § 6 Abs. 1 Ziff. 1 der Verordnung vom 14. Juni 1932 gerechtfertigt.

Die Verbotsdauer ist mit Rücksicht darauf, daß es sich um in Form und Inhalt außerordentlich scharfe Angriffe auf das Reichsoberhaupt handelt, angemessen und nötig. Durch eine Verwarnung kann der angestrebte Zweck nicht erreicht werden.

In Vertretung:
gez. Dr. Mosle.

Für richtige Abschrift:

An
die Internationale Verlagsanstalt GmbH,
Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Lemke
Polizeiobersekretär.